

ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 3-2015



EUROPAS DEMOKRATIE

THEMA ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT EINER RADIKALEN
DEMOKRATISIERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

BLICKPUNKT DER TURBULENTE SOMMER DER MIGRATION

ANALYSE DER KAMPF DER AMAZON-BESCHÄFTIGTEN

INTERNATIONALES KRISE DES POLITISCHEN IN WESTAFRIKA

BUNDESWEIT 25 JAHRE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Mbarka Rhili vermisst ihren Sohn.
Im März 2011 ist der damals 16-jährige
Arbi Ferchichi mit dem Boot von Tunesien
nach Europa aufgebrochen.
Foto: Aymen Omrani



EDITORIAL 3

BLICKPUNKT

Sommer der Migration: Von Tunis nach Palermo	4
Interview: Ibraimo Alberto über Rassismus nach 1990 und heute	5
GriechInnen engagieren sich für Geflüchtete	6
Überlegungen zur Krise der Flüchtlingspolitik	6
Die Fotoausstellung «People of the other shore»	8
Nach dem Attentat von Paris: Unabsehbare Folgen	9
Erinnerungspolitik: Aufarbeitung der NS-Vergangenheit	10
Der verklärte und verdrängte deutsche Kolonialismus	11

THEMA «EUROPAS DEMOKRATIE»

Alex Demirović fordert die Demokratisierung der EU	13
Mario Candeias diskutiert Chancen für ein anderes Europa	15
Andreas Merkens berichtet von Bildungsreisen nach Athen	17
Judith Delheim über Solidarische Ökonomie in Griechenland	18
Lutz Brangsch fragt, was Syrizas Scheitern für Linke bedeutet	19
Tom Strohschneider vergleicht Visionen für Europa	20

ANALYSE

Amazon-Beschäftigte vernetzen sich über Grenzen hinweg	22
Interview: Johannes Schulten über die Amazon-Streiks	23
Das chinesische Finanzsystem ist nicht sehr krisenanfällig	24
Erdoğan sichert sich die Macht	26
Die Fotoausstellung «Back to Rojava»	26
Strahlendes Gold: Uranbergbau in Afrika	27
Rassistische Mobilisierung in Deutschland	28

INTERNATIONALES

Die Krise des Politischen in Westafrika	29
Der geplante Nicaragua-Kanal – eine gigantische Bedrohung	30
Personalwechsel in drei Auslandsbüros der Stiftung	32

BUNDESWEIT

25 Jahre Rosa-Luxemburg-Stiftung: Rückblick auf Anfänge	34
Konzerne als Protestmanager: neue Lobbyistenstrategien	35
Eindrücke von der UmCare-Konferenz	36

STUDIENWERK

Urban Gardening: Gemeinschaftsgärten und Cityfarmen	37
StipendiatInnen beim internationalen Workshop in Polen	37

LESESWERT

Marx wieder komplett – MEW Band 13 überarbeitet	38
---	----

IMPRESSUM 39



Dagmar Enkelmann

Florian Weis

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

der Klimagipfel in Paris geht gerade zu Ende, begleitet von zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen aus einer globalen Klimagerechtigkeitsbewegung. Als deren Teil versteht sich auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die sich mit zahlreichen Bildungsangeboten und einer großen Delegation, nicht zuletzt ihren Auslandsbüros, intensiv an deren Aktivitäten in Paris beteiligt hat. Wenn der Gipfel auch nur bescheidene Ergebnisse bringen mag, so sind auch diese ohne eine breite, kritische Öffentlichkeit und Bewegung nicht möglich gewesen. Als eine linke Stiftung ist für uns dabei die Frage von Klima und Ökologie eng mit Zielen einer sozialen und internationalen ökonomischen Gerechtigkeit, von anderen Eigentums- und Verfügungsformen im Energiesektor sowie weiterreichenden sozial-ökologischen Transformationsfragen verbunden.

Paris steht aber auch zum zweiten Mal im Jahre 2015 für eine weitere schreckliche Eskalation von Terrorismus und Gewalt. Als Rosa-Luxemburg-Stiftung stehen wir an der Seite der Menschen in Frankreich und der großen Traditionslinie von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Wir haben unsere Anteilnahme und Verbundenheit stellvertretend unseren PartnerInnen in Frankreich, der Kommunistischen Partei und den Stiftungen Espaces Marx und Gabriel Péri, übermittelt.

Solidarität bedeutet dabei auch, die Werte von Freiheit und Demokratie nicht durch eine wachsende pauschale Überwachung und Bürgerrechtseinschränkung auszuhöhlen. Und Solidarität meint auch, sich jedem Antisemitismus, wie er sich etwa in den Januar-Anschlägen in Paris äußerte, und Rassismus, gerade auch antimuslimischen Rassismus, wie er sich in vielen Übergriffen nach den Anschlägen vom 13. November zeigte, entschieden entgegenzustellen. Denn der Terror verschiedener dschihadistischer Gruppen, dem in Syrien, im Irak, in Tunesien, Ägypten, Libanon und anderen Ländern alleine in

diesem Jahre Tausende Menschen zum Opfer gefallen sind, spielt rechtspopulistischen bis offen rechtsextrem-faschistischen Parteien und Bewegungen in die Hände. Von Donald Trump über Marine Le Pen bis hin zu Frauke Petry und Björn Höcke erleben wir eine bedrohliche Stärkung rassistischer Kräfte in Europa und darüber hinaus. Dabei ist die Hauptgefahr nicht, dass etwa Donald Trump US-Präsident werden könnte, wohl aber wie ein Klima von Hass und Spaltung geschaffen wird. Selbst wenn Marine Le Pen 2017 hoffentlich und wahrscheinlich nicht französische Präsidentin werden wird, die politische Agenda wird sie maßgeblich zum Schlechten beeinflussen. Ende November hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einer großen, von 400 Menschen besuchten Festveranstaltung im P.Ostbahnhof, direkt neben ihrem künftigen Stiftungssitz, mit der Verleihung des Hans-und-Lea-Grundig-Preises, einem Workshop zur internationalen Arbeit der Stiftung sowie ihrer Mitgliederversammlung ihr 25-jähriges Bestehen gefeiert. Dabei haben wir auch Evelin Wittich als hauptamtliche Mitarbeiterin verabschiedet und gedankt. Sie hat die Stiftung maßgeblich mitaufgebaut und bis 2008 18 Jahre lang Geschäftsführungsaufgaben wahrgenommen. Danach war sie als Leiterin der Akademie für politische Bildung und der Fokusstelle Rosa Luxemburg tätig. Wer mehr über diese ersten 25 Jahre der Stiftung erfahren möchte, dem sei unsere Festschrift «Ich lebe am fröhlichsten im Sturm» oder der zum Jubiläum produzierte Kurzfilm empfohlen. Weitere Informationen finden Sie unter www.rosalux.de/25-jahre.

Wir wünschen Ihnen eine spannende und aufschlussreiche Lektüre – verbunden mit guten Wünschen für das Jahr 2016.

DAGMAR ENKELMANN IST VORSTANDSVORSITZENDE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

KATHRIN-BUHL-PREIS Ausgelobt von der Stiftung Nord-Süd-Brücken wurde am 14. Dezember zum zweiten Mal der Preis für entwicklungspolitische Projekte im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin verliehen. Der Preis erinnert an Kathrin Buhl, ehemalige Leiterin des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo, die dort viel zu früh im Dezember 2012 verstorben ist. Zuvor hatte sie die Stiftung Nord-Süd-Brücken mit aufgebaut.

WWW.WWW.ROSALUX.DE/EVENT/52228

SCHWARZE FAKTEN In Kooperation mit PowerShift e.V. und ROBIN WOOD hat die Stiftung Factsheets zu den Themen «Kohle und Klimawandel», «Kohle und die großen Energieversorger», «Kohle und Tagebau» und «Kohle und Versorgungssicherheit» erarbeitet. Zu jedem Thema existieren eine Kurzfassung sowie eine ausführlichere Version. Gedruckte Exemplare der Kurzfassung können kostenlos über bestellung@rosalux.de bezogen werden.

WWW.ROSALUX.DE/SCHWARZE-FAKTEN



EUROPAS GRENZREGIME ist diesen Sommer unter dem Druck der Menschen, die sich auf den Weg nach Europa machen, vorübergehend kollabiert. Nun versuchen die Regierungen Europas, die Kontrolle über die Migration zurück-

zuerlangen, den tödlichen Status quo der Abschottung wiederherzustellen. Grenzzäune sprießen aus dem Boden. Die Beiträge auf diesen Seiten sammeln Fragen, die der Sommer der Migration für eine gesellschaftliche Linke aufwirft.

Fatma Bou al İla lebt im Bezirk El Mallassine in Tunis. Ihr Sohn Walid Khalfallah brach am 29. März 2011 mit dem Boot nach Europa auf. Foto: Aymen Omrani

STEFANIE KRON

VON TUNIS NACH PALERMO

EINE REISE ENTLANG DER FLUCHTROUTE DES ZENTRALEN MITTELMEERS

Leoluca Orlando liebt deutliche Worte: «Heimat ist, wo ich beschließe, zu bleiben.» Das Gespräch mit dem Bürgermeister von Palermo bildete den Abschluss einer Informations- und Bildungsreise der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Migrations- und Grenzregimen.

Die Reise, an der Mitglieder der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN teilnahmen, führte vom 29. September bis zum 3. Oktober in die tunesische Hauptstadt Tunis und nach Sizilien. Die Fluchtroute von Nordafrika nach Europa, vor allem von Libyen nach Italien, ist nach wie vor die gefährlichste. Allein seit der Flüchtlingstragödie von Lampedusa am 3. Oktober 2013 starben mindestens 5.000 Menschen auf diesem Weg.

Während des zweitägigen Besuchs in Tunis führte die Delegation zunächst Gespräche mit staatlichen und internationalen Akteuren, unter anderem mit dem Staatsminister für Migration und Integration Belgacem Sabri und VertreterInnen des UNHCR, der EU-Kommission sowie der International Organization for Migration (IOM). Diese Gespräche entwarfen ein bislang kaum bekanntes Bild der besonderen regionalen Bedeutung Tunesiens für das europäische Grenzregime. Tunesien ist – im Unterschied zu Marokko und dem Nachbarland Libyen – weder ein Hotspot als Transitland für Migrierende

aus dem subsaharischen Afrika oder dem Nahen Osten auf ihrem Weg nach Europa, noch ist das Land von massenhafter Emigration von TunesierInnen geprägt. Nur 500 der ca. 114.000 Flüchtlinge, die dieses Jahr bisher in Italien anlandeten, kamen nachweislich aus Tunesien. In Tunesien selbst leben insgesamt ca. 1.000 vom UNHCR registrierte Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika und etwa 4.000 Menschen aus Syrien. Hinzu kommen 500.000 bis zu einer Million LibyerInnen, die jedoch mehrheitlich nicht weiter in die EU wollen. Obgleich also Transitmigration und Auswanderung in Tunesien eine weit weniger bedeutende Rolle spielen als in Marokko oder Libyen, überrascht die starke Präsenz internationaler Organisationen wie UNHCR, IOM und EU-Kommission. Zudem beinhaltet die 2014 in Kraft getretene «Mobilitätspartnerschaft» zwischen Tunesien und der EU vor allem eine Reihe von Maßnahmen zur Verhinderung von Migration. Hierzu gehören striktere Grenzkontrollen, die Etablierung eines nationalen Asylsystems sowie Rückübernahmeverpflichtungen nicht nur für TunesierInnen. Auch Menschen, die über Tunesien in die EU eingereist bzw. geflüchtet sind, sollen in das nordafrikanische Land zurückgeschoben werden können. Tunesien wird daher von Flüchtlingen als Migrationsroute in die EU gemieden. Stattdessen weichen sie auf Libyen aus. Die dennoch

starke Anwesenheit internationaler migrationspolitischer Akteure weist deshalb nicht nur darauf hin, dass in Tunesien eine De-facto-Ausweitung der Dublin-Verordnung und der EU-Außengrenzen bereits praktiziert wird. Vielmehr scheint das Land aufgrund seiner politischen Stabilität auch die Funktion einer Art Brückenkopf für die Etablierung regionaler migrationspolitischer Konzepte erhalten zu haben, die den gesamten nordafrikanischen Raum betreffen.

Am folgenden Tag besuchte die Delegation zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter das tunesische Forum für ökonomische und soziale Rechte (FTDES). Das FTDES bietet unter anderem den Angehörigen der mehr als 500 tunesischen Jugendlichen und jungen Männer, die 2011 im Zuge des arabischen Frühlings Richtung Europa über das Mittelmeer aufbrachen und seither verschollen sind, ein Forum für Austausch und Organisierung.

Am Abend des zweiten Tages setzte die Delegation mit der Fähre von Tunis nach Palermo über. Am nächsten Morgen ging es in die Abschiebehaftanstalt CIE in der Nachbarprovinz Trapani. Dabei zeigte sich, dass der Ausnahmezustand Seenotrettung in Italien und insbesondere in Sizilien zum prekären Normalzustand geworden ist. Einiges deutet darauf hin, dass die italienischen Behörden bereits auf den in Sizilien eintreffenden Schiffen mit geretteten Bootsflüchtlingen eine Art racial profiling vornehmen: Wer «nordafrikanisch» aussieht, erhält sofort einen Ausreisebescheid oder wird in eine Abschiebehaftanstalt gebracht, weil es mit Tunesien und Marokko Rückübernahmeabkommen gibt. Die Folge: Für diese Menschen gibt es oft keine Registrierung, keine Anhörung und keine Einzelfallprüfung. Dies bestätigte Elio Tozzi von der Menschenrechtsgruppe Borderline Sicily auf einer Podiumsdiskussion anlässlich des zweiten Jahrestages der Flüchtlingstragödie von Lampedusa am 3. Oktober, an der auch der Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Sachsen-Anhalt, Wulff Gallert, und der Direktor des Zentrums für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID) der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Wilfried Telkämper, teilnahmen. Zudem berichteten rund 20 Inhaftierte des CIE von Trapani-Milo, mit denen TeilnehmerInnen der Delegation sprechen konnten, über Misshandlungen und mangelnde Gesundheitsversorgung. Dennoch soll das CIE von Trapani zu einem der großen Registrierungszentren an den europäischen Außengrenzen werden. In diesen «Hotspots» sollen die ankommenden Flüchtlinge registriert, nach Herkunftsländern «sortiert» und gegebenenfalls zügig abgeschoben werden.

Das Beispiel Palermo zeigt im Gegensatz dazu, dass progressive Veränderungen in der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik von unten ausgehen – von den Städten und Kommunen. Die «Charta von Palermo» könnte das Grundgerüst einer linken Migrationspolitik der Städte in Europa und darüber hinaus bieten. Aber auch die kleineren und teils selbstverwalteten Einrichtungen für Flüchtlinge in Palermo sowie der Rat der Kulturen als Modell für die kommunale politische Teilhabe von Nicht-BürgerInnen sind erste konkrete Schritte hin zu neuen und inklusiven Formen im Umgang mit Flüchtlingen und MigrantInnen. Die große Gedenktafel am Rathaus von Palermo, die an die mehr als 23.000 Menschen erinnert, die beim Versuch ihr Leben ließen, über das zentrale Mittelmeer nach Europa zu kommen, mahnt indessen vor allem eines an: die dringende Notwendigkeit der Schaffung legaler und sicherer Einreisewege nach Europa.

WWW.ROSALUX.DE/NEWS/41784

STEFANIE KRON IST REFERENTIN FÜR INTERNATIONALE POLITIK UND SOZIALE BEWEGUNGEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

«HASS UND NEID»

ÜBER UNTERSCHIEDE UND KONTINUITÄT IM UMGANG MIT GEFLÜCHTETEN

Ibraimo Alberto kam 1981 aus Mosambik in die DDR, nach der Wende war er ehrenamtlicher Ausländerbeauftragter in Schwedt. Heute lebt er in Karlsruhe. Im Jahr 2014 erschien seine Biografie «Ich wollte leben wie die Götter. Was in Deutschland aus meinen afrikanischen Träumen wurde».

Was unterscheidet die Situation heute von damals?

Alberto: Heute begegnen große Teile der Bevölkerung den Geflüchteten mit Achtung. Viele sind berührt von deren Schicksal. Das war in den 1990er Jahren nicht so. Die Haltung der Einheimischen gegenüber den Geflüchteten war sehr distanziert und oft voller Hass und Neid. Die «besorgten Bürger» waren damals «Feierbürger». Sie haben «Deutschland den Deutschen» geschrien und die «deutsche Einheit» gefeiert.

Wie halten Sie von dem Begriff der «Willkommenskultur»?

Alberto: Von einer ernsthaften Willkommenskultur kann man noch nicht sprechen. Die asylsuchenden Menschen werden verwaltet und bleiben isoliert. Ich selbst und alle, die nicht weiß sind, werden immer noch oft als «Flüchtling» angesehen, obwohl wir schon lange hier leben. Wir werden nicht als Bürger dieses Landes wahrgenommen.

Haben heute Flüchtlinge besser Chancen auf Integration als damals?

Alberto: Wenn die Unterstützung der Bevölkerung so bleibt, haben sie bessere Chancen. Aber wenn die gesetzlichen Vorgaben keine Integration zulassen, also Geflüchtete nicht arbeiten dürfen, isoliert untergebracht werden und nicht an der Gesellschaft teilhaben können, ist Integration schwierig. Es kommen viele verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Qualifikationen. Aber das muss auch wahrgenommen werden. Man muss Möglichkeiten schaffen, damit sie ihren Weg in unsere Gesellschaft finden können.

Was wären Ihre Vorschläge an Kommunal- und Bundespolitik, um Flüchtlinge möglichst schnell «zu integrieren»?

Alberto: Es wäre gut, wenn der Dialog zwischen den Einheimischen und den Geflüchteten gefördert wird. Das können etwa kulturelle Veranstaltungen sein oder sportliche Aktivitäten. Dafür müssten Voraussetzungen geschaffen werden. So kann die Isolation aufgebrochen werden. Die Geflüchteten brauchen eine Perspektive, das heißt ein Bleiberecht und den Zugang zu Bildung und Arbeit.

Was können Kommunen tun, damit Flüchtlinge erst gar nicht angefeindet werden?

Alberto: Die Politiker müssen sich ernsthaft vor die Geflüchteten stellen, auch wenn diese Haltung unpopulär erscheint. Die Kommunikation mit der Bevölkerung muss von Anfang an offen und transparent sein.

FRAGEN: ANDREAS BOHNE

Ibraimo Alberto



WENKE CHRISTOPH

SOLIDARITÄT IST DIE ANTWORT

TROTZ AUSTERITÄT ENGAGIEREN SICH VIELE GRIECHINNEN FÜR FLÜCHTLINGE

Mehr als 800.000 Menschen sind dieses Jahr über das Mittelmeer nach Europa geflohen – vor Bürgerkrieg, Terror, Bombardements, dem IS. Fast 700.000 erreichten die EU auf den griechischen Inseln. Die Überfahrt ist gefährlich. 3.000 Menschen sind seit Jahresbeginn im Mittelmeer gestorben.

Die Flüchtenden kommen an in einem Land, in dem ein Viertel der Bevölkerung arbeitslos ist, jeder zweite Jugendliche sucht einen Job. Kein Wunder, dass Griechenland für die Geflüchteten Durchgangsstation auf dem Weg nach Zentraleuropa, oft nach Deutschland, ist. Für jene, die kein Geld für ein Busticket an die griechisch-mazedonische Grenze haben, stehen nur rund 1.700 Plätze in staatlichen Notunterkünften zur Verfügung. Die auf Druck der EU eingerichteten Registrierungscentren auf den griechischen Inseln sind konstant überbelegt und zum Teil in katastrophalem Zustand. Trotz Einrichtung eines Migrationsministeriums durch die Syriza-Regierung haben die Behörden kaum die personellen und finanziellen Ressourcen, für die vielen Flüchtenden Unterkunft und Versorgung zu organisieren. Die griechische Gesellschaft antwortet auf diese Situation aber nicht mit rassistischen Parolen oder Übergriffen. Vielmehr haben sich in den letzten Monaten über 200 Solidaritätsgruppen und viele Freiwillige für die Unterstützung von MigrantInnen engagiert: Fischer auf den griechischen Inseln, die Nacht für Nacht Menschen vor dem Ertrinken retten; die vielen BürgerInnen, die die Menschen mit dem Nötigsten versorgen oder ihnen Schlafplätze in der eigenen Wohnung anbieten; solidarische Kliniken und NGOs, die sich um die medizinische Versorgung kümmern. Leerstehende Gebäude und Flächen werden geöffnet oder besetzt. Eine breite Solidaritätsbewegung ist entstanden. Sie ist eng verbunden mit den Solidaritätsstrukturen, die sich in den letzten Jahren als Antwort auf die humanitäre Krise in Griechenland gebildet haben.

Die breite gesellschaftliche Solidarität mit Flüchtlingen war vor einem Jahr noch unvorstellbar, als PolitikerInnen der konservativen Vorgängerregierung gegen MigrantInnen hetzten. Obwohl die rechtsextreme Goldene Morgenröte drittstärkste Kraft im Parlament ist, ist Griechenland nicht zu einem zweiten Ungarn geworden. Dies ist auch ein Verdienst der Syriza-Regierung, die öffentlich für eine humanitäre Flüchtlingspolitik eintritt. So gehörte es zu den ersten Maßnahmen der Regierung, die Pushbacks (Zurückdrängen von Booten mit Flüchtlingen) vor der griechischen Küste zu stoppen und die Abschiebegefängnisse zu öffnen, die die vorherige Regierung noch als Abschreckungsmaßnahme gegen die Einwanderung gefeiert hatte. Gleichzeitig birgt die Flüchtlingspolitik für Syriza eine Menge Spannungspotenzial: Es ist offen, ob Syriza sich weiter gegen ihren rechtspopulistischen Koalitionspartner Anel durchsetzen kann. Zudem muss die Regierung ihrer Verantwortung für die Versorgung von Flüchtenden wie auch ihren Versprechungen von größerer Freizügigkeit für MigrantInnen nachkommen.

Und schließlich gilt es, neben der praktischen Solidarität, wie sie auch in Deutschland Tausende Freiwillige üben, die europäische Flüchtlingspolitik zu verändern. Denn die mit EU-Unterstützung verstärkten Landgrenzen etwa an der türkisch-griechischen Grenze machen es erst nötig, dass Tausende die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer wagen müssen. Auf den EU-Migrationsgipfeln versuchen Bundeskanzlerin Merkel und Co. derzeit, die Grenzen der Festung Europa zu verstärken, das ungerechte Dublin-System wieder aufzunehmen und Länder mit einer EU-Außengrenze, allen voran Griechenland, zu den Flüchtlings- bzw. Abschiebelagern der EU zu machen.

WENKE CHRISTOPH IST PROJEKTMANAGERIN EUROPÄISCHE UNION IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

REDAKTION PRAGER FRÜHLING

THIS IS A MOVEMENT

MASSENDISSIDENZ IN MERKELLAND? ÜBERLEGUNGEN ZUR FLÜCHTLINGSPOLITIKKRISE

Mit den Flüchtlingsbewegungen platzt die Systemfrage in die vermeintlich heile Welt des Merkelschen Biedermeiers. Höchste Zeit, sich ihr zu stellen.

Die Flüchtenden führen uns unsere Mitverantwortung am Zustand dieser Welt vor Augen. Auch wenn keiner der Geflüchteten es sich ausgesucht hat, sie tragen doch eine Botschaft nach Europa. Und die lautet: So wie wir wirtschaften und handeln, wie wir arbeiten, konsumieren, Politik machen, kann es nicht weitergehen. Die Flüchtlingsbewegungen nach Europa verweisen auf ein grundlegendes Problem: auf die Ungerechtigkeit unserer Weltwirtschaftsordnung. Der Slogan der Refugee-Protestbewegung «Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört» drückt genau dies aus. Der Wohlstand hier basiert auf einer doppelten Ausbeutung dort: der Ausbeutung von Naturressourcen sowie der menschenunwürdigen

Ausbeutung von Arbeitskräften, in Textilfabriken, auf Kaffeeplantagen, in Minen oder abgeholzten Regenwäldern. Die Beteiligung westlicher Konzerne und Banken am Landgrabbing, dem faktischen Landraub, und Ocean-Grabbing, also dem industrialisierten Fischraub, entziehen Menschen die Lebensgrundlage. Der Begriff des Wirtschaftsflüchtlings dient zur Denunziation von Menschen, die in Hoffnung auf ein besseres Leben fliehen. Wenn Menschen vor einer Wirtschaftsordnung fliehen, wäre es Zeit, diese zu verändern. In Zeiten eines globalen Kapitalismus kann niemand mehr einfach sagen: Die Armut der anderen geht mich nichts an.

Viele Menschen handeln bereits im Sinne Grenzen überwindender Solidarität. Jene, die nach Ungarn und Griechenland aufbrachen, um Fluchthilfe zu leisten, und sich damit der Gefahr aussetzten, als «Schlepper» verfolgt zu werden; Privatpersonen, die sich aufs Mit-



Walid Khalfallah war 20, als er die Familie verließ. Seitdem sammelt Fatma Bou al İla Hinweise darauf, dass er noch am Leben ist. Foto: Aymen Omrani

telmeer begeben, weil sie das Sterben in der Ägäis nicht schlafen lässt; UnternehmerInnen, die sich weigern, Stacheldraht nach Ungarn zu liefern. Es gibt die Massendissidenz jener, die sich gegen die Notstandsinszenierung der Flüchtlingsverwaltung wehren und Geflüchtete dabei unterstützen, grundlegende Rechte in Anspruch zu nehmen. Und es gibt jene, die mit praktischer Hilfe eingreifen. Die Rückkehr zur gescheiterten Politik der Abschottung ist ein Versuch, diesen Geist zu ersticken. Wer statt schnellstmöglich Wohnungen zu bauen, SozialarbeiterInnen und DeutschlehrerInnen einzustellen, die Unterbringung und Versorgung von neu Ankommen den BürgerInnen überlässt, will, dass diese irgendwann erschöpft und frustriert sind und sich als politische AkteurlInnen zurückziehen.

Wandel geschah in den vergangenen Jahren immer auf Kosten der Abstiegsgefährdeten und Ausgegrenzten. Wenn ein Ruck durch das Land gehen sollte, wurden vor allem die Armen geschüttelt. Dass es derzeit ruckelt, stimmt. Die Furcht vorm Geschütteltwerden ließe sich bekämpfen. Doch die Regierung und große Teile der politischen Klasse kaschieren ihre Untätigkeit mit Symbolpolitik. Wer die wirklich Zu-Kurz-Kommenden — nicht die in sozialer Hinsicht häufig bürgerlichen PegidistInnen — nicht gegen die Flüchtlinge ausspielen will, müsste jetzt die Schuldenbremse demontieren und den Kult um die schwarze Null beenden. Stattdessen schreiben BundespolizistInnen Anzeigen wegen illegalen Grenzübertritts und schwafeln UnionspolitikerInnen von Viktor-Orbán-Gedenk-Zäunen. Das Wir-sind-das-Volk von Pegida wird dies nicht besänftigen.

Rassismus gibt es auch in der Mitte der Gesellschaft. Pegida und AfD stehen für dessen partei- und bewegungsförmige Organisation. Gegen den rechten Populismus und Rassismus ist BündnispartnerIn, für wen die Würde des Menschen unantastbar ist. Die proto- und halbfaschistischen Bewegungen, die sich derzeit konstituieren, sind es nie. Mit RassistInnen gibt es keine Gemeinsamkeit.

Schon jetzt werden einklagbare, individuelle, soziale Grundrechte zu Gnadenakten herabgewürdigt, die vormals Anspruchsberechtigten auf Almosen verwiesen. Statt die Nothilfe auf Dauer zu stellen, ist es genauso wichtig, die Aufgaben an die Zuständigen zurückzugeben. Zugegeben, die Versäumnisse der letzten 20 Jahre wiegen so schwer, dass jede, die behauptet, die Folgen der Flüchtlingspolitik von heute auf morgen zu beheben, irrt. Prioritär muss sein, die schlimmsten Folgen des derzeitigen Staatsversagens einzudämmen, Zeltstädte im Winter und Kältetote auf der Balkanroute und vor den Erstaufnahmeeinrichtungen zu verhindern. Parallel müssen die strukturellen Ursachen geändert werden.

Dies gilt auch für die meisten anderen europäischen Länder. Dezentrale Unterbringung, vernünftiger landessprachlicher Unterricht und Beteiligung am Arbeitsmarkt wären leichter zu bewerkstelligen, wenn Deutschland nach Schweden nicht das derzeit am wenigsten schlechte Aufnahmeland wäre. Statt nach Quoten zwangsweise umverteilen zu wollen, was nicht funktionieren wird, müssen soziale Rechte für die gesamte Wohnbevölkerung in allen EU-Staaten garantiert werden. Dann könnten Flüchtlinge entscheiden, wo ihnen das Wetter, die Landschaft, die Sprache oder die Anwesenheit von Verwandten am attraktivsten erscheint.

Die Bundesrepublik wird sich durch die Geflüchteten verändern. Sie werden sich als politische Subjekte artikulieren, sich in Vereinen und Parteien organisieren oder selbst welche gründen. Wenn ihnen die Rechte nicht gewährt werden, werden sie dafür kämpfen. Das Feuer des arabischen Frühlings in der Levante und im Maghreb wurde in Bürgerkriegen und neuen Diktaturen erstickt. Die Glut dieser Emanzipationsbewegungen tragen viele noch in sich.

WWW.PRAGER-FRUEHLING-MAGAZIN.DE

DIE AKTUELLE AUSGABE DES MAGAZINS PRAGER FRÜHLING BESCHÄFTIGT SICH MIT GRENZREGIMEN UND DEN KÄMPFEN UM BEWEGUNGSFREIHEIT



DIE AUSSTELLUNG «People of the other shore» von Aymen Omrani porträtiert Familien von auf dem Mittelmeer vermissten MigrantInnen aus Tunesien, so Hayet Bouali (oben), deren Sohn Wassim Jedidi im April 2011 in See stach, und Samira Bou Tara (unten), die seit September 2012 ihren Sohn Rochdi vermisst. Er soll in einem Lager in Italien gesehen worden sein. Die Ausstellung ist online zu sehen: www.flickr.com/photos/rosalux/albums/72157654941640588. Wenn Sie die Ausstellung zeigen wollen, melden Sie sich bitte bei franziska.albrecht@rosalux.de.



BERNARD SCHMID

FRANKREICHS HERZ BLUTET

NUTZNIESSER DER ATTENTATE IN PARIS SIND FRONT NATIONAL UND ISLAMISCHER STAAT

Am 13. November 2015 wurde Frankreichs Hauptstadt Paris von insgesamt acht schweren Attentaten erschüttert. Die Anschläge forderten bislang 130 Tote und mehr als 350 Verletzte.

Die direkten und indirekten politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen sind in ihrer gesamten Tragweite noch gar nicht absehbar. Allerdings haben die Attentate bereits die Regierung veranlasst, ein aus dem Jahr 1955 stammendes Notstandsgesetz anzuwenden und den Ausnahmezustand zu verhängen. Die in diesem Zuge eingeleiteten Maßnahmen werden weitreichende Veränderungen in der französischen Innenpolitik zur Folge haben. Sie bilden eine Steilvorlage für eine künftige Rechtsregierung, an der womöglich der rechtsextreme Front National (FN) beteiligt sein könnte.

Der sogenannte Islamische Staat (IS), als Urheber der Attentate, hätte dann mindestens eines seiner Ziele erreicht: Menschen mit muslimischem Hintergrund, die in Frankreich leben, sollen sich dort immer stärker verunsichert und immer weniger zu Hause fühlen – und so «erkennen», dass es für sie Zukunft nur in einem «islamisch geführten Land» geben könne.

Noch in der Nacht des Pariser Blutbads verhängte die französische Regierung den Notstand. Zusätzlich kündigte die französische Exekutive beim Europarat an, vom Artikel 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention Gebrauch zu machen. Dieser besagt, dass sich ein Staat unter Berufung auf einen Kriegs- oder sonstigen «nationalen Notzustand» selbst vorübergehend von der Anwendung der durch die Konvention garantierten Grundrechte entbinden kann. Staatspräsident François Hollande erklärte zudem, er werde auch von der Möglichkeit Gebrauch machen, Personen die Staatsbürgerschaft zu entziehen und Ausweisungen zu beschleunigen.

Es ist damit zu rechnen, dass Rassismus und Abwehrhaltung gegen MigrantInnen und Geflüchtete durch die aktuelle Debatte befeuert werden. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass der sogenannte Islamische Staat es mindestens in Kauf nimmt, wohl aber auch beabsichtigt, antidemokratischen Kräften, RassistInnen und Faschis-

tlInnen in Europa in die Hände zu arbeiten. Das gilt nicht nur für Frankreich, sondern für den gesamten Kontinent. Einen Zusammenhang zwischen Migration und Terrorismus stellten nicht nur die CSU in Deutschland, der slowakische Ministerpräsident Robert Fico oder der französische Premierminister Manuel Valls her. Letzterer sprach sich in einem am 26. November 2015 publizierten Interview für die Süddeutsche Zeitung und



Neuer Alltag in Paris. Foto: picture alliance/abaca

den britischen Guardian als Lehre aus den Pariser Attentaten dafür aus, dass «die EU nicht mehr so viele Flüchtlinge wie bisher aufnehmen» dürfe. Sein Vorgesetzter Hollande warnte zwar am Abend desselben Tages – anlässlich seines Zusammentreffens mit Bundeskanzlerin Angela Merkel – davor «Migranten und Terroristen unzulässig zu vermischen», doch Valls hatte wenige Stunden zuvor genau dies getan.

Die extreme Rechte will in dieser Situation nicht abseits stehen. Noch im Januar 2015, nach den Anschlägen auf die Zeitungsredaktion von Charlie Hebdo und einen kocheren Supermarkt an der Pariser Porte de Vincennes, war man eher um Konsens und Schulterchluss unter den etablierten politischen Kräften bemüht gewesen – mit einem Sonderstatus für den Front National, den man nur zur Hälfte mit im Boot duldet (die Konservativen unter Nicolas Sarkozy forderten seine Beteiligung, die Sozialdemokraten verhielten sich eher ablehnend). Nachdem es bereits im Vorfeld kritische Äußerungen über ihre eventuelle Präsenz auf der zentralen Pariser Gedenkveranstaltung gegeben

hatte, hatte FN-Parteichefin Marine Le Pen es im Januar 2015 noch vorgezogen, der Riesendemonstration fernzubleiben.

Im November 2015 hingegen attackierten sowohl Konservative als auch Rechtsextreme schon in den ersten Stunden nach den Attentaten scharf die Regierung. Beide erklärten sie für mitschuldig: Sie habe eine zu laxen Sicherheitspolitik betrieben und zu viele MigrantInnen ins Land gelassen.

Allerdings vollzog der konservative Parteichef Nicolas Sarkozy (Les Républicains/LR, ehemals UMP) ab dem 17. November eine Kehrtwende zugunsten von eher «konstruktiven» Positionen, um nicht zu offen als politischer Nutznießer zu erscheinen. Der FN hingegen fuhr mit seinen Angriffen auf die Regierung fort, die aufgefordert wurde, zurückzutreten.

Nach den Ankündigungen von François Hollande, erweiterte Möglichkeiten zum Staatsbürgerschaftsentzug zu prüfen und künftig einen unbefristeten Rückgriff auf den Notstand zu ermöglichen, schwenkte Marine Le Pen auf eine eher «konstruktive» Linie um, der aber immer wieder scharfe Angriffe auf ihre politischen GegnerInnen folgten. Am 17. November erklärte die FN-Führung, die Regierung sei ja nun einige Schritte in die richtige Richtung gegangen – auch dank des Drucks von ihrer Seite. Acht Tage später rief Marine Le Pen auf einer Wahlkampfkundgebung im ostfranzösischen Hayange triumphierend aus: «Hollande und Sarkozy suchten nach den Attentaten verzweifelt nach Antworten. Sie fanden einige im Programm des Front National, weil sie selbst keine hatten.»

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Stimmung ist mit weiteren Radikalisierungen im politischen Diskurs zu rechnen. Und man wird sich im Falle einer Rechts-rechts-Regierung in späteren Jahren – die dann auf Instrumente wie einen nicht mehr zeitlich befristeten Notstand zurückgreifen könnte – bei jenen dafür bedanken dürfen, die zuvor solche rechtlichen Instrumente schufen.



WWW.ROSALUX.DE/NEWS/41895
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41947

BERNARD SCHMID LEBT IN PARIS, LEHRT ALS JURIST AN FRANZÖSISCHEN HOCHSCHULEN UND IST NEBENBERUFLICH ALS FREIER JOURNALIST TÄTIG



AUF KAUM ETWAS ist der politische Mainstream in Deutschland so stolz wie auf die deutsche Erinnerungspolitik: «Wir stellen uns unserer Vergangenheit! Das sollen uns die anderen erst mal nachmachen!», so das eigene Selbst-

bild. Allerdings hat es Jahrzehnte gedauert, bis sich der Verbrechen des Nationalsozialismus gestellt wurde – und bis heute wird darüber gestritten. Für das koloniale Erbe steht eine vergleichbare Auseinandersetzung noch aus.

Meilenstein justizieller Aufarbeitung von NS-Verbrechen: der Auschwitzprozess in Frankfurt am Main in den Jahren 1963–1965: Foto: picture alliance/AP Images

JAN KORTE

ERINNERUNGSWELTMEISTER

AUFARBEITUNG DER NS-VERGANGENHEIT MUSS JEDEN TAG NEU ERKÄMPFT WERDEN

Die Bundesrepublik sieht sich gern als Erinnerungsweltmeister. Doch eine kritische Geschichtspolitik kommt nicht von selbst. Bei allen Fortschritten – das Feld der Vergangenheit bleibt umkämpft.

Ein besonders dreister, aber zählebiger Mythos der Bundesrepublik ist jener, dass Staat und Gesellschaft die NS-Vergangenheit umfassend aufgearbeitet hätten. Dabei musste die Erinnerung an den deutschen Faschismus und sein singuläres Menschheitsverbrechen, den Holocaust, bitter erkämpft werden. Diesem steinigen Weg, der von außen etwa durch die Entnazifizierung und die Nürnberger Prozesse aufgezwungen war oder aber von Einzelpersonen wie Fritz Bauer und Martin Niemöller vorgebracht wurde, stellten sich nicht nur die TäterInnen, sondern auch relevante Teile von Politik und die Mehrheit des Wahlvolkes entgegen.

Weite Teile der Gesellschaft übernahmen die Ausreden und Lügen der Angeklagten im Hauptkriegsverbrecherprozess von Nürnberg: Demgemäß waren auf personeller Ebene eigentlich nur Hitler, Himmler und Goebbels schuldig, auf organisatorischer Ebene SS und Sicherheitsdienst (SD). Keinesfalls schuldig aber waren die Wehrmacht, die Bürokratie, das Auswärtige Amt, die Reichsbahn, die Wirtschaft, die Justiz, der gesamte Verwaltungsapparat des Dritten Reiches, StaatsrechtlerInnen, DiplomatinInnen, die einfachen

und hochrangigen NSDAP-Mitglieder, kurz: fast alle. Eigentlich sei man sogar das eigentliche Opfer: Opfer von Hitler, Opfer des Krieges, Opfer der Entnazifizierung.

Von Fritz Bauer und seinem Team initiiert, kam der Auschwitzprozess zustande, der erstmals versuchte, durch die deutsche Justiz einen Gesamtblick auf die arbeitsteilig und industriell durchgeführte Vernichtung von Millionen Menschen zu lenken und individuell Schuldige zu belangen. Noch heute graust es einen, wenn man die fehlende Empathie der Massenmörder im Gerichtssaal sieht. Das Besondere am Auschwitzprozess erkennt man erst daran, dass ansonsten de facto kaum eine Strafverfolgung von NS-TäterInnen stattfand. Vielmehr waren die meisten NS-Richter wieder in Amt und Würden, bezogen üppige Pensionen oder wurden Ministerpräsident wie in Baden-Württemberg Hans Filbinger.

Dabei war die personelle Kontinuität schon skandalös genug – eine unerträgliche Zumutung für die Opfer. Aber die TäterInnen bestimmten eben auch maßgeblich die Rechtsprechung in diesem Bereich: Wenn überhaupt NS-TäterInnen verurteilt wurden, dann nicht als überzeugte NS-Mörder, sondern lediglich als Gehilfen, frei von eigener Überzeugung.

Das gilt selbst für Massenmörder, die eigenhändig selektiert oder das Gas eingeworfen hatten. Man übernahm einfach das vorherr-

schende gesellschaftliche Entschuldungsmuster: die Reduzierung der Täterschaft auf Hitler und Himmler.

Bei all diesen Rückschlägen einer fortschrittlichen Geschichtspolitik gab es aber immer auch Erfolge: Das öffentliche Interesse am Auschwitzprozess war enorm; der Blick richtete sich nunmehr auch auf die TäterInnen; Menschen wie Fritz Bauer, Gustav Heinemann oder der Kommunist und Auschwitzüberlebende Hermann Langbein waren Impulsgeber für die Achtundsechziger und einen neuen politischen Aufbruch, symbolisiert vom Kniefall des Nazigegners Willy Brandt.

Aber: Jeder Fortschritt, jede Entschädigung, jedes Verfolgen der TäterInnen, jeder Gedenkstein und vor allem jede öffentliche Aufarbeitung der Geschichte von Institutionen mussten und müssen weiter erkämpft werden. Vor 20 Jahren sorgte die erste Wehrmachtsausstellung für enorme gesellschaftliche Debatten, obgleich der verbrecherische Charakter der Wehrmachtspolitik in Osteuropa nichts Neues war. Aber die Legende von der sauberen Wehrmacht hielt sich hartnäckig. Daher wurden die von den Wehrmachtgerichten tausendfach dahingemordeten Deserteure und Kriegsverräter auch erst im Jahre 2002 bzw. 2009 rehabilitiert. Die in erster Linie auf das Konto der Wehrmacht gehenden ermordeten und verhungerten sowjetischen Kriegsgefangenen bekommen sogar erst mit Bundestagsbeschluss von 2015 eine symbolische finanzielle Entschädigung. Gegen enorme Widerstände vor allem in den Reihen der CDU/CSU wurden diese Beschlüsse durchgesetzt.

Bei aller Kritik: Die Studie über den verbrecherischen Charakter des Auswärtigen Amtes ist ein hart erkämpfter Meilenstein in der offiziellen Auseinandersetzung der Institutionen des Bundes mit der NS-Zeit. Auch die Studien zur Geschichte des Bundeskriminalamtes (BKA) oder des Bundesnachrichtendienstes (BND) sind in weiten Teilen kritisch, aufklärerisch und vor allem überfällig. Entscheidend ist, dass sie von der offiziellen Politik in Auftrag gegeben wurden: Das ist das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe von Linken, kritischer Wissenschaft und aufklärerischem Journalismus. Und, ja, natürlich erscheinen diese Studien in einer Zeit, in der die TäterInnen tot sind. Trotzdem haben sich diese geschichtspolitischen Kämpfe gelohnt. Oder auch nicht: Aktuell diskutiert der Bundestag einen Antrag, der die Einsetzung einer Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Kanzleramtes fordert. Nach den oben benannten Studien ist es zentral, die exekutive Schaltzentrale der damaligen Bundesrepublik in den Blick zu nehmen. Hier agierte nicht nur jahrelang der Nazi Hans Globke, sondern es wurden auch die politisch-strukturellen Entscheidungen getroffen, die die Entna-

zifizierung beendeten und die alten Eliten rehabilitierten – politisch flankiert und ideologisch über den Antikommunismus begründet. Deswegen ist diese Aufarbeitung zwingend erforderlich. Soweit man denn ein Interesse an solch einer Aufarbeitung hätte, die besonders für die CDU unangenehm werden dürfte.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass der Geist Alfred Dreggers noch maßgeblich in der Union haust, dann sollte man sich die Rede der CDU-Abgeordneten Astrid Freudenstein in der ersten Lesung des erwähnten Antrages im Bundestag anhören. Gleich am Anfang wird die große Lüge der Bundesrepublik serviert: «Vermutlich hat kein Land der Welt seine Geschichte und die seiner Institutionen so intensiv wissenschaftlich aufarbeiten lassen wie wir Deutsche.» Die CDU-Politikerin bemerkt überhaupt nicht, dass es auch kein Land auf dem Erdball gegeben hat, das solch unvorstellbare Verbrechen begangen hat. Und sie widerlegt ihre Aussage dadurch, dass sie gegen die Historikerkommission fürs Kanzleramt stimmt und gleichzeitig behauptet, dass die Aufarbeitung Weltmeisterniveau habe.

Freudenstein macht klar, dass Linke per se kein wirkliches, ehrliches Anliegen haben können: «Es geht Ihnen vermutlich nicht wirklich um die Aufarbeitung selbst, sondern es geht Ihnen vermutlich darum, sich selbst als etwas darzustellen, nämlich als Speerspitze der historischen Aufklärung.» Dieser Satz lässt das autoritär-elitäre Weltbild in diesen Kreisen erkennbar werden. Freudenstein endet damit, dass sie nicht verstehen kann, wie man mit Geschichte Politik machen kann: «Sie fassen Geschichtsschreibung als Instrument des Politischen auf, und das gehört eigentlich ins 19. Jahrhundert.» Eine Rednerin, die dezidiert Geschichtspolitik macht, wirft anderen vor, Geschichtspolitik zu machen. Es ist wirklich bizarr. Das Grundproblem in diesem Denken ist aber, dass die VertreterInnen der Union meinen, dass ihre Geschichtsschreibung die einzig wahre sei. Im Umgang mit Geschichte geht es immer um Deutungen und Interpretationen. Daher ist die Behauptung, Deutschland habe seine Vergangenheit vorbildlich aufgearbeitet, in erster Linie eines: Geschichtspolitik. Und diese Geschichtspolitik wurde in den letzten 60 Jahren eben maßgeblich von konservativer und reaktionärer Seite dominiert. Aber gleichwohl wurden in der Geschichtspolitik auch Fortschritte erzielt. Es ist und bleibt ein umkämpftes Feld, dem sich eine geschichtsbewusste Linke selbstkritisch stellen muss.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41302
WWW.ROSALUX.DE/DOCUMENTATION/53932

JAN KORTE IST STELLVERTRETENDER FRAKTIONS-VORSITZENDER DER LINKEN IM BUNDESTAG UND IM VORSTAND DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG AKTIV

REINHART KÖSSLER

VERKLÄRTE VERGANGENHEIT

KOLONIALISMUS – KEINE MARGINALIE DEUTSCHER GESCHICHTE

Kolonialismus wird noch immer als eine marginale Epoche deutscher Geschichte angesehen, oftmals auch verklärt. Gerade die Auseinandersetzung um den ersten deutschen Völkermord im heutigen Namibia zeigt exemplarisch die mangelhafte politische Auseinandersetzung.

Die Berliner Afrika-Konferenz 1884 markiert einen Wendepunkt auch der deutschen Geschichte, nämlich den Beginn deutscher Kolonialherrschaft in Übersee. Schnell wurden in Afrika und Oze-

anien Gebiete besetzt, die andere europäische Mächte noch nicht okkupiert hatten. Die Etablierung als Kolonialmacht ging einher mit der Wendung zur «Weltpolitik», bald auch mit dem Kampf um einen «Platz an der Sonne». So sind die deutschen Kolonien untrennbar verknüpft mit dem Imperialismus des Kaiserreichs. Bereits allein aus diesem Grund ist es verfehlt, die Kolonialherrschaft als bloße Fußnote der deutschen Geschichte abzutun. Die rund 30 Jahre deutsche Kolonialherrschaft stellten eine intensive

Gewaltgeschichte dar, erfüllt von Kriegen zur Niederwerfung des Widerstandes der Kolonisierten. Verteidigt gegen den indigenen Widerstand wurden die Kolonien nicht zuletzt um den Status als Kolonialmacht, als Mitglied im Club der «zivilisierten Nationen», nicht zu verlieren. Diese Anstrengungen gipfelten in dem Völkermord, den die «Schutztruppe» 1904–1908 an Ovaherero und Nama im heutigen Namibia verübte. Dabei ging und geht es nicht allein um Zehntausende von Toten; die bis heute spürbaren Folgen rühren nicht zuletzt aus der umfassenden Enteignung von Land und Vieh sowie der umfassenden Reorganisation des Raumes nach den Anforderungen der entstehenden Siedler-Ökonomie. Hier wurde eine Privilegiengesellschaft geschaffen, die einige Jahrzehnte später zur Apartheid ausgebaut und systematisiert wurde. Allein durch diese nach wie vor bestehenden räumlichen und gesellschaftlichen Strukturen werden Menschen in Zentral-

dies deutlich, mehr aber noch die riesigen Siedlungsprojekte, die im Ersten und mit ungleich größerer krimineller Energie im Zweiten Weltkrieg in den besetzten Gebieten in Osteuropa verfolgt wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verschwand die koloniale Vergangenheit weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein in Deutschland. In den 1990er Jahren glaubten auch kritische Geister, Deutschland sei kolonial relativ unbelastet. Ganz anders sah es in Namibia aus, wo nach der Unabhängigkeit vor allem von Angehörigen der vom Völkermord betroffenen ethnischen Gruppen mit zunehmendem Nachdruck die Forderung an die deutsche offizielle Politik erhoben wurde, sich ernsthaft mit dem Völkermord und seinen Konsequenzen auseinanderzusetzen.

Nachdem solche Forderungen zunächst anlässlich von Staatsbesuchen des Bundeskanzlers und Bundespräsidenten in Namibia vorgetragen und brüsk abgewiesen worden

Nach 2004 formierten sich in Namibia die Opfergruppen neu, und es gelang ihnen auch, die bisher zögerliche Regierungspartei SWAPO zu einer parlamentarischen Resolution zu bewegen, in der eine offizielle deutsche Entschuldigung und Entschädigung gefordert wurden. In Deutschland blieben solche Forderungen zunächst auf den außerparlamentarischen Raum und einen Bundestagsantrag der LINKEN (2007) beschränkt. Im weiteren Verlauf entwickelte sich eine Dynamik, die zu entsprechenden Anträgen der damaligen Oppositionsparteien SPD, Grüne und Linke 2012 führten. Befeuert wurde die Debatte durch die Umstände, unter denen 2011 und 2014 menschliche Überreste nach Namibia repatriert wurden, die unter der Kolonialherrschaft nach Deutschland deportiert worden waren. Fühlten sich 2011 die Mitglieder einer großen namibischen Delegation durch die deutsche offizielle Seite ignoriert und schlecht behandelt, so beklagten die Opfergruppen 2014 ihren völligen Ausschluss von der Rückführungsaktion. Ihre Beziehungen mit der namibischen Regierung verschlechterten sich deutlich.

Die letzte Wendung dieses unabgeschlossenen Dramas betrifft die neue offizielle Sprachregelung der Bundesregierung, die nun ebenfalls vom Völkermord spricht. Diese Bezeichnung war auch Gemeingut in der Bundestagsdebatte über einen weiteren Antrag der LINKEN am 24. September 2015. Inzwischen wurden offizielle Verhandlungen aufgenommen und je ein namibischer und deutscher Sondergesandter bestimmt. Die Opfergruppen bestehen weiter auf angemessener Beteiligung an diesem Prozess. Am 2. Oktober 2015, dem Jahrestag der Proklamation des Generals von Trotha, die 1904 die Absicht zum Völkermord gleichsam aktenkundig machte, lief ein von Ovaherero Paramount Chief Vekuii Rukoro gesetztes Ultimatum ab. Nachdrücklich forderte Rukoro aus diesem Anlass, dass namibische Opfer des Völkermordes genauso respektiert und entschädigt würden wie die Opfer des Holocaust. Das Ausbleiben einer solchen Gleichbehandlung brandmarkte Rukoro als Erbe des Kolonialismus und Ausdrucks von Rassismus.

 WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE/AUTOR/REINHART-KOESSLER

REINHART KÖSSLER ARBEITET AM
ARNOLD-BERGSTRAESSER-INSTITUT IN FREIBURG.
ER IST MITGLIED IM BÜNDNIS «VÖLKERMORD
VERJÄHRT NICHT!»

Die deutschen Kolonien sind untrennbar verknüpft mit dem Imperialismus des Kaiserreichs.

und Südnamibia tagtäglich an den Völkermord erinnert. Überlebende und ihre Nachfahren reorganisierten sich und viele dieser Gemeinschaften gedenken alljährlich des Geschehens vor nun 110 Jahren. Der Krieg und der Völkermord sind somit im öffentlichen Bewusstsein in Namibia präsent.

Ganz anders in Deutschland. Hier trafen Krieg und Völkermord zeitgenössisch zunächst auf eine große Resonanz – ob bei Reichtagsdebatten und in der Wahlagitation bei den «Hottentottenwahlen» 1907 bis hin zur Romanliteratur mit hohen Auflagen und Ansichtspostkarten, die auch vor Hinrichtungsszenen nicht zurückscheuten. Die Kolonialagitation verstärkte sich eher noch, als in den 1920er Jahren die kolonialrevisonistische Propaganda die Rückgabe der Kolonien forderte, die im Versailler Vertrag an verschiedene Mandatsmächte vergeben worden waren.

Es darf nicht vergessen werden, dass der Expansionsdrang des Deutschen Reiches sich nie allein auf die formal kolonisierten Gebiete richtete. Die im damaligen Osmanischen Reich projektierte Bagdad-Bahn zeigt

waren, versuchte eine eigens gegründete Herero People's Reparation Corporation, den juristischen Weg über Gerichte in den USA zu gehen, um eine materielle Entschädigung zu erzwingen. Bisher hat sich kein US-Gericht für zuständig erklärt.

Bewegung kam in diese Auseinandersetzung vor allem durch das Erinnerungsjahr 2004, als sich sowohl die Vernichtungsproklamation des Generals Lothar von Trotha als auch die Schlacht am Waterberg, unbestritten der zeitliche Ausgangspunkt für den Völkermord, zum 100. Male jährte. Die Erinnerungsfeier mobilisierte einige Tausend Ovaherero, auch aus der Diaspora in Botswana und Südafrika. Ihre dramatische Wendung erhielt sie durch die Rede der damaligen Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiecek-Zeul. Unter Bruch der Kabinettsdisziplin erklärte sie, das, was 1904 geschehen war, würde heute als Völkermord bezeichnet und bat um Vergebung. Die Rede machte einen tiefen Eindruck, doch eine konsistente Versöhnungspolitik blieb aus. Stattdessen folgten unilaterale deutsche Schritte.

Europa, Kontinent der Demokratie? Der Zustand dieser Demokratie offenbart sich nicht nur im Umgang mit inneren Widersprüchen, sondern auch an den Außengrenzen. Hier: Grenzzaun zwischen Marokko und der spanischen Exklave Mellila, Oktober 2014. Foto: Reuters

ALEX DEMIROVIĆ

REGIEREN REICHT NICHT

DER FALL GRIECHENLAND ZEIGT:
EUROPA MUSS RADIKAL
DEMOKRATISIERT WERDEN

Die Entwicklung in Griechenland seit dem Wahlerfolg von Syriza im Januar 2015 demonstriert es erneut: Die Linke gewinnt mit Wahlerfolgen und Regierungsbildung nicht auch schon relevante Gestaltungsmacht.

Dafür gibt es viele Gründe. Zum Teil sind sie durch die spezifischen Bedingungen in Griechenland zu erklären: durch die eingespielten Interessenkonstellationen und den Klientelismus, den schnellen Erfolg einer kleinen linken Partei und ihre geringe Personaldecke sowie fehlendes Wissen – auch über die institutionellen Abläufe, die demokratischen Verfahren. Auch mag mangelnde Vorbereitung auf die großen Herausforderungen eine Rolle gespielt haben. Zu diesen Herausforderungen gehörten die Reorganisation der staatlichen Verwaltung und die Rekrutierung neuen Verwaltungspersonals sowie vor allem die Förderung von Initiativen der sozialen Bewegung der unteren Klassen und die Herstellung neuer Verbindungen von Staatsapparaten und Zivilgesellschaft. Zeitdruck wird in diesem Zusammenhang zu einem Problem. Hinzu kommen die externe Faktoren: internationale Verträge, die Mitgliedschaft in der EU und in der NATO, aber auch die Aktivitäten von in- und ausländischen Geheimdiensten.

Das Beispiel Griechenland führt ein weiteres Mal vor, wie sehr die politische Ökonomie auch die Handlungsmöglichkeiten einer gewählten demokratischen Regierung bestimmt – und wie sie die Demokratie nicht nur begrenzt, sondern zu Fall zu bringen vermag. In diesem Fall waren es die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB) und ein Block von neoliberal ausgerichteten Regierungen in der



Euro-Gruppe, die eine linke Alternative in der EU verhindern wollten und dafür Rechtsbrüche begingen und eine Entdemokratisierung in Kauf nahmen. Mithilfe der gemeinsamen Währung und der Kreditpolitik konnten sie, im Zusammenspiel mit der griechischen Zentralbank und Teilen des griechischen Staatsapparats, die Regierung unter Alexis Tsipras jeden Tag von neuem erpressen. Der Euro wurde zu einem politischen Gefängnis. Deswegen empfehlen viele Linke den Grexit oder gar die Auflösung des Euro und der EU. Aber der Grexit löst das Problem der endogenen Entwicklung nicht, wie wohl Tsipras unmittelbar nach dem OXI-Referendum am 5. Juli 2015 klar geworden ist. Das Referendum hatte ihm das Mandat erteilt, sich den austeritätspolitischen Auflagen der EU entgegenzustellen. Doch die Ausübung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts durch einen Grexit hätte Griechenland wahrscheinlich in die Subsistenzwirtschaft gezwungen und in noch viel stärkerem Maße von auswärtigen GeldgeberInnen abhängig gemacht. Es kam zu einer überraschenden Kehrtwende; Alexis Tsipras erkannte die Auflagen an.

Die griechische Regierung hat eine Niederlage erlitten. Diese Niederlage wurde nicht mit militärischen Mitteln herbeigeführt, sondern durch den stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse, in diesem Fall der Währung. Doch hätte die Rückkehr zu nationalen Währungen, für die nun viele Linke argumentieren (übrigens im Gleichklang mit rechten PopulistInnen und vielen MarktanalytInnen) demokratisierende Wirkungen? Wohl kaum. Es sei nur an die Bemühungen Frankreichs erinnert, die deutsche Mark, die wegen der Dominanz der deutschen Industrie in Teilen Europas als Parallelwährung genutzt wurde, durch weitere Integrationsschritte zu schwächen. Es gehört zu den mühevoll errungenen Einsichten der Linken seit dem 19. Jahrhundert, dass Gestaltungsmacht nur vom Prozess der weiteren Vergesellschaftung zu erwarten ist, der vom Kapitalverhältnis und hinter seinem Rücken vorangetrieben wird. Doch sind soziale Bewegungen oder die Linke keineswegs immer in der Lage, sich die entstandenen Handlungsmöglichkeiten auch anzueignen. Vielmehr werden konkrete Alternativen häufig von mächtigen Akteuren blockiert.

Die Europäische Union ist eine der politischen Formen der kapitalistischen Verhältnisse. Sie besteht aus einer Vielzahl politischer Apparate (Europäischer Rat, EU-Ministerrat, Kommission, Parlament, Verwaltung, ein Korpus an Regulierungen, der Europäische Gerichtshof, die EZB, das europäische Grenzregime) und bildet mit nationalstaatlichen und föderalen Staatsapparaten eine netzwerkartige Governancearchitektur. Ihre Grundlage ist der gemeinsamen Binnenmarkt, die enge Verflechtung der Unternehmen, ihre Arbeitsteilung und Handelsbeziehungen, die Zirkulation von Arbeitskräften, die Entwicklungsmaßnahmen der Kommission (Regionalförderung, Landwirtschafts-, Industrie- oder Verkehrspolitik) sowie schließlich die gemeinsame Währung in der Eurozone. Hinzu kommen Austausch- und Förderprogramme, eine europäisierte Forschung und wissenschaftliche Ausbildung sowie die keimartige Entwicklung einer Zivilgesellschaft in Medien, Kultur und Kunst.

Die repräsentative Demokratie ist ein politisches Herrschaftsverhältnis. Sie schränkt die Möglichkeit der direkten Gestaltung der Gesellschaft durch die Menschen in ihrem alltäglichen Leben ein. Doch gewährt sie auch ein gewisses Maß an politischer Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Solche Rechte werden von der europäischen Integration sowohl gestützt (gegen eine formelle Beseitigung durch autoritäre Regime) als auch real geschwächt. Die Rechte des

Europäischen Parlaments sind gering, das Wahlrecht ist ebenso wie die Parteien nationalstaatlich verfasst. Es gibt fast keine Kontrolle der EU-Kommission. Die Entscheidungen des Ministerrats sind nur schwach legitimiert; eine europäische Öffentlichkeit, die zur Bildung eines demokratischen Willens auf europäischer Ebene beiträgt, gibt es kaum. Diese Schwäche ist von den herrschenden neoliberalen Kräften, die den Ausbau der EU zu einem mächtigen Wirtschaftsraum betreiben, gewollt. Sie spielen die EU gegen den Nationalstaat aus, dessen Gremien geschwächt werden. Hinzu kommen informelle Entscheidungsprozesse und Deregulierungsmaßnahmen, die Gewerkschaften und soziale Bewegungen schwächen. Angesichts dieser Lage hilft es nichts, sich der Illusion von Handlungsmacht hinzugeben. Die Gefahr ist groß, dass die herrschenden Kräfte im Namen von Gewinn und Wachstum, von schneller Entscheidungsfähigkeit oder Bedrohungslagen die noch vorhandenen Elemente von Demokratie weiter aushöhlen.

Die aktuelle, neoliberale Integrationsweise untergräbt die Demokratie. Sie unterwirft die Lohnabhängigen prekären Lebensbedingungen, fördert destruktive Technologien, zerstört lokale Ökonomien und trägt zur Schädigung der Umwelt bei. Eine neue Verständigung über die demokratische und sozialistische Neuformierung Europas ist deshalb nötig. Nur so können wir die kooperativen Zusammenhänge von Produktion, Dienstleistung, Handel und Kommunikation fortentwickeln und demokratisieren. Das Ziel einer nicht-imperialen, nachhaltigen Lebensweise verlangt den Rückbau des Wachstums in einigen Bereichen, Investitionen und Wachstum in anderen: Dienstleistungen, dezentrale, erneuerbare Energie, ökologische Landwirtschaft, entgeltfreie Mobilität, veränderte Besiedlungsformen. Bedingung dafür ist eine innovationsfreudige, offene, demokratische Lebensweise. Damit solche Ziele weiter verfolgt werden können, geht es trotz aller Schwierigkeiten um eine Stärkung des Europäischen Parlaments und seiner Kontrollrechte. Dafür ist ein europäisierter Wahlkampf ebenso nötig wie eine Europäisierung der nationalen Parlamente. Das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative ist nach der Ablehnung von 20 der 48 Initiativen durch die Kommission (darunter die TTIP-Initiative mit 3,26 Millionen Unterschriften aus 23 Ländern) kritisch zu beurteilen. Ihr Ausbau zu einem verbindlichen partizipativen Instrument ist dennoch ein sinnvolles politisches Ziel. Eine umfassende Demokratisierung von Wirtschaft und Politik kann es aber nicht ersetzen.

Die Europäische Zentralbank muss ihre Unabhängigkeit, die de facto nicht besteht, formell verlieren. Ihre Entscheidungen müssen demokratisiert, ihre Ziele umfassend neu bestimmt werden, so dass nicht allein Geldwertstabilität, sondern Nachhaltigkeit oder die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu ihren Aufgaben gehören. Die sich bildende Bankenunion muss durch eine Fiskalunion ergänzt werden. Dabei geht es nicht darum, die nationale und europäische Ebene gegeneinander zu stellen. Vieles muss auf der regionalen, nationalen und europäischen Ebene verfolgt werden. Da die Regierungspraktiken der Herrschenden sehr beweglich sind, müssen Bemühungen um Demokratisierung ihre Perspektiven erweitern. Sie sollten Parteien, Bewegungen, Gewerkschaften oder NGOs nicht alternativ in den Blick nehmen, sondern sich beweglich um ihre Verbindung bemühen.



WWW.ROSALUX.DE/GRIECHENLAND

WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE/EUROPAEISCHER-FRUEHLING

ALEX DEMIROVIĆ IST APL. PROFESSOR AN DER GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN UND SENIOR FELLOW DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



November 2015: Slowenische Soldaten errichten einen Stacheldrahtzaun im Dorf Gibina nahe der kroatischen Grenze. Foto: Reuters

MARIO CANDEIAS

NICHTS MEHR WIE ZUVOR

DEN WIDERSTAND FÜR EIN ANDERES EUROPA VON UNTEN ZUSAMMENBRINGEN

Europa ist nicht mehr wie zuvor. Von links kann dieses Projekt europäischer Einigung kaum noch verteidigt werden, ohne in blanken Illusionismus zu verfallen. Aber was dann?

Die Mindestforderung lautet schon seit Längerem: keine weiteren Kompetenzübertragungen von der nationalen Ebene an diese Europäische Union (EU). Unzweifelhaft richtig. Und weiter? Manche hoffen, nun mit Alternativen zu diesem Europa punkten zu können. Doch schon vor der Krise stellte sich die Frage: Mit welcher Durchsetzungsstrategie verfolgen wir diese Alternativen? Und was könnte eine strategische Position sein, die tatsächlich Kräfteverhältnisse ändert? Denn ob wir nun einen linken Grexit befürworten, die Auflösung der Eurozone oder eine radikale Demokratisierung der EU – dies alles geht an der entscheidenden Frage vorbei: Was können wir tun, um die Kräfteverhältnisse zu verändern? Die Organisationsfrage steht wieder auf der Tagesordnung.

Es gibt ein wachsendes Unbehagen gegenüber der EU, auch innerhalb linker Parteien, das nicht dumpf nationalistisch, sondern erfahrungsgesättigt ist. Einen hilflosen Internationalismus zu predigen, reicht als Entgegnung nicht aus. Schließlich war in den letzten Jahrzehnten fast jeder Schritt zur europäischen Integration ein Mittel zur Durchsetzung neoliberaler Politik. Das dadurch hervorgerufene Unbehagen übersetzt sich bei vielen in Tendenzen zur Renationalisierung: Die Politische Union wird nicht weiter verfolgt, nationale

Interessen und wachsende Konkurrenz dominieren innerhalb einer zunehmend zur Freihandelszone schrumpfenden EU. Auch der Bestand der Währungsunion ist nicht gesichert. Für diejenigen, die sich nicht mit einem Kerneuropa unter deutscher Dominanz zufriedengeben wollen, kann dieser Schrecken dazu anregen, der EU den Rücken zu kehren. Möglich, dass im drohenden Zerfall der EU bzw. ihrer Aushöhlung zur Freihandelszone Kerneuropas die Kräfte in der Tradition Helmut Kohls und Francois Mitterands doch noch eine Reform wagen, um das europäische Projekt zu retten. Es ist zweifelhaft, ob sie dies rechtzeitig tun und genügend Kräfte sammeln.

Also durch Renationalisierung des Diskurses zur Reform Europas? Möglich. Wahrscheinlicher jedenfalls als alle guten Vorschläge für ein soziales Europa. Doch wie soll man damit Politik machen?

Tatsächlich wäre zu überlegen, ob bestimmte Kompetenzen von der europäischen auf andere Ebenen «zurück» gegeben werden. Es ginge um eine neue Verbindung von Dezentralität mit transnationalen Vermittlungen: Über kommunale Belange soll auch auf kommunaler Ebene entschieden werden. Was über die Kommune oder eine bestimmte Region hinaus Auswirkungen hat, muss überregional oder national unter Beteiligung der Betroffenen geregelt werden – bis hin zu Fragen, die nur europäisch angegangen werden können. Welche das sein sollen, wäre in einem konstituierenden Prozess zu klären, der auf eine grundlegende neue institutionelle

Verfassung und Staatlichkeit des europäischen Projekts zielt. Die Neugründung Europas müsste eine Stärkung des Souveräns, der jeweiligen Bevölkerungen der Mitgliedstaaten, als Mittel und Zweck haben. Auf diese Weise könnte der Impuls zur Renationalisierung zu einem Impuls für Dezentralisierung und Europäisierung umgearbeitet werden. Für eine breite politische Debatte über Perspektiven wären europaweit Versammlungen einzuberufen – ein verfassungsgebender Prozess der Beratung und Organisierung einer europäischen Zivilgesellschaft. Kein abstrakter Europadiskurs, sondern nah an den Alltagsorgen und Wünschen der Menschen. Das ist der perspektivische Fluchtpunkt.

Yanis Varoufakis schlägt daher die Gründung einer europäischen Plattform vor. Auch die unter anderem von Jean-Luc Mélenchon und Oskar Lafontaine angestoßene Initiative um den sogenannten Plan B zielen auf die Neuausrichtung des Prozesses europäischer Integration und nicht nur auf eine Debatte über den «Lexit» (den «linken» Austieg aus der EU, wie Owen Jones ihn vorschlägt). Bewegungen setzen eher auf vielfältige Prozesse der Intervention in konkrete Alltagsorganisation in Verbindung mit transnationalen Versammlungen und Aktionen zivilen Ungehorsams, sind aber noch in einem strategischen Klärungsprozess.

Einen etwas anderen strategischen Schwerpunkt legen jene Kräfte, die man als Bewegungen eines neuen Municipalismus bezeichnen könnte: Sie gehen davon aus, dass weitergehende Versuche europäischer Organisation vergebens sind, wenn es nicht eine Basis der Organisation im Alltag der Einzelnen gibt, in den Nachbarschaften, am Arbeitsplatz, in den Kommunen. Im spanischen Staat konnten entsprechende Plattformen Wahlen in den meisten großen Städten im Land gewinnen. Nicht nur in Barcelona und Madrid stellen sie die neuen Kommunalregierungen und die Bürgermeisterin. Mit Syriza erwiesen sich die Grenzen nationaler Linksregierungen in einem autoritären Europa. Dies gilt in anderer Weise auch für den neuen Municipalismus. Daher geht es auch um die Übersetzung auf und Verknüpfung solcher Politiken und Organisationen mit einer europäischen Ebene – für ein Netzwerk von Städten und Regionen oder, emphatischer, die Perspektive einer europäischen Kommune, eines anderen Europas von unten.

Europäische Kampagnen können helfen, den politischen Raum in Europa von unten neu zu begründen. Den Start einer solchen euro-

päischen Verständigung könnte eine Kampagne für eine europäische Bürgerinitiative bilden, die einige Kernziele benennen müsste: ein Ende der Kürzungspolitik und Privatisierungen, eine europäische Schuldenkonferenz, eine Besteuerung der Reichen mit einer europäischen Vermögensabgabe, Investitionen in eine europaweite soziale Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Wohnen) und eine europäische Energiewende, eine soziale Mindestsicherung, garantierte Arbeits- und Tarifrrechte und eine solidarische Flüchtlingspolitik. Dass europäische Kampagnen möglich sind, hat zuletzt die Anti-TTIP-Kampagne vorgemacht. Dieses Mal darf es ruhig noch etwas anspruchsvoller werden.

Die Unterwerfung und Verarmung der griechischen Bevölkerung stoßen auch in der Bundesrepublik bei einer Minderheit von 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung auf Kritik. Das Flüchtlingsdrama verschärft dieses Unbehagen noch. «Mehr denn je geht es jetzt um die Überschreitung der bisherigen Grenzen der Proteste und die Bildung eines gesellschaftlichen Lagers des Neins zur Kürzungspolitik und Zerstörung der Demokratie, das über klassisch linke Kreise hinausgeht», so formulierte Bernd Riexinger die vor uns stehenden Herausforderungen. Im Rest Europas ist der Unmut gegenüber der deutschen Regierung ohnehin enorm gewachsen. Es würde nicht schaden, wenn linke Parteien, soziale Bewegungen und kritisch GewerkschafterInnen sich europaweit auf einige Mindestforderungen einigen könnten, um eine solche Kampagne auf den Weg zu bringen. Solche und andere Überlegungen sollen auf einer europäischen Strategiekonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Ende April 2016 mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Initiativen, Gruppen, Strömungen und Organisationen diskutiert werden. Neben den politischen Inhalten wird es darum gehen, die richtigen Formen zu finden sowie eine Strategie, die unterschiedlichen Ebenen – lokal/kommunal, national, europäisch – angesichts knapper Ressourcen der gesellschaftlichen Linken zu verbinden: Wo ist jeweils die richtige Ebene politischer Intervention und Organisation? Ziel ist es – trotz unterschiedlicher Positionen und Zielvorstellungen – verbindende Perspektiven und Praxen zu finden, die keine vereinheitlichte Vorgehensweise, aber doch eine Synchronisierung widerständiger Politik für ein anderes Europa ermöglichen.

MARIO CANDEIAS IST DIREKTOR DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Download unter:
www.rosalux.de/publication/41675

Mario Candeias (Hrsg.)
RECHTSPOPULISMUS IN EUROPA
Linke Gegenstrategien
Materialien Nr. 12, 74 Seiten

Download unter:
www.rosalux.de/publication/41374

Mario Candeias (Hrsg.)
RECHTSPOPULISMUS IN EUROPA
LINKE GEGENSTRATEGIEN

Download unter:
www.rosalux.de/publication/41698

BESTELLUNG ALLER PUBLIKATIONEN UNTER TEL. 030 44310-123 ODER BESTELLUNG@ROSALUX.DE

Stephan Kaufmann
«DIE HALBSTARKE VON ATHEN»
FÜNF JAHRE EURO-KRISE – IRRTÜMER, INTERESSEN UND PROFITEURE
Materialien Nr. 7, 36 Seiten

DIE HALBSTARKE VON ATHEN
Fünf Jahre Euro-Krise – Irrtümer, Interessen und Profiteure
Materialien Nr. 7, 36 Seiten



Bulgarische Grenzpolizisten am Grenzzaun zur Türkei, Juli 2014. Foto: Reuters

ANDREAS MERKENS

SYRIZA IM SCHRAUBSTOCK

EINDRÜCKE VON POLITISCHEN BILDUNGSREISEN NACH ATHEN

Ende September und Anfang Oktober, unmittelbar nach der Neuwahl des griechischen Parlaments, erkundeten die TeilnehmerInnen zweier Bildungsreisen die linke politische Landschaft Athens. Welch tiefer Riss durch die griechische Linke geht, war während beider Reisen spürbar.

20. September 2015, 21 Uhr: Wahlabend auf dem Panepistimio Platz in Athen. Die Freude ist groß bei allen, die sich Syriza, der Koalition der radikalen Linken, solidarisch verbunden fühlen. Auf der zentralen Siegesfeier der Syriza sind das rund 1.500 Menschen, die begeistert den unerwartet deutlichen Wahlsieg von Alexis Tsipras feiern. «Bella Ciao», die Hymne der italienischen PartisanInnen, erklingt, und kaum jemand unter den Anwesenden, der/die nicht mit einstimmt. Hier zweifelt niemand daran, dass Syriza nach wie vor für ein linkes, sozialistisches und solidarisches Projekt steht.

Anders die Stimmung in Sichtweite vom Panepistimio Platz, im Parteizelt der Laiki Enotita («Volkseinheit»), wo sich rund 200 AnhängerInnen zur gemeinsamen Wahlauslese versammelt haben. Die Syriza-Abspaltung mit prominenten VertreterInnen wie dem ehemaligen Energieminister Panagiotis Lafazanis und der Parlamentspräsidentin Zoe Konstantopoulou, ist eigenständig zur Wahl angetreten, jedoch an der in Griechenland geltenden Drei-Prozent-Hürde gescheitert. Die alten ParteifreundInnen gelten hier als VerräterInnen an einst gemeinsam geteilten Zielen und Idealen.

Auf den Bildungsreisen nach Athen, angeboten von den Rosa-Luxemburg-Landesstiftungen Hamburg (vom 20.–26. September) sowie Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern (vom 4.–10. Oktober) war der Disput der griechischen Linken nicht nur am Wahlabend, sondern auch während der Programmwochen immer wieder zu erleben. Während der zahlreichen Gespräche mit VertreterInnen

von Syriza, mit Abgeordneten des griechischen Parlaments, JournalistInnen und Aktiven aus Initiativen und sozialen Zentren lernten die je 20 TeilnehmerInnen der beiden Reisegruppen unterschiedliche Bewertungen der aktuellen Situation in Griechenland kennen. Die Situation ist paradox: Den Wahlsieg hat eine Linksregierung erungen, die gezwungen ist, den strengen Austeritätsvorgaben ihrer Gläubiger zu folgen, und dennoch beansprucht, sich den verheerenden politischen, sozialen und kulturellen Folgen von nunmehr fünf Jahren Spardiktat entgegenzustellen. Eindringlich schilderte Ioanna Lympelopoulou vom selbstverwalteten sozialen Gesundheitszentrum in Helleniko die fatalen Folgen der vorherrschenden Sparpolitik. Wir bekamen einen Eindruck von der beeindruckenden Professionalität, mit der die mehr als 200 ehrenamtlichen die medizinische Grundversorgung für all jene Menschen gewähren, die im Zuge der Sparprogramme ohne Krankenversicherung überleben müssen. Nach nunmehr fünf Jahren intensiver Arbeit sei die Enttäuschung und Frustration bei vielen engagierten HelferInnen groß, dass auch unter Tsipras keine Wende zum Besseren erfahrbar oder zu mindestens absehbar sei, so Ioanna Lympelopoulou. Auch die AktivistInnen von Diktio, dem Netzwerk für politische und soziale Rechte, sind enttäuscht von Syriza. Die außerparlamentarischen AktivistInnen beklagen weniger die erpresste Zustimmung zum dritten Memorandum als den inneren Zustand der Partei. Syriza sei zusehends zu einem «Tsipras-Wahlverein» geworden, so die Kritik. Die Absage des Parteitags durch Alexis Tsipras kurz vor den Parlamentswahlen (und gegen die Beschlüsse der Parteigremien) war für die Aktiven von Diktio der Anlass, ihre Mitarbeit im Syriza-Zentralkomitee aufzukündigen. Es sind diese Enttäuschungen und Rückzüge, die das Projekt einer pluralen gesellschaftlichen Linken,

für das Syriza steht, derzeit gefährden. Die Zerrissenheit nicht zu leugnen, die kritische Entwicklung zu benennen, aber auch keinen falschen Dichotomien von «Verrätern» auf der einen und «aufrechten Linken» auf der anderen Seite anzuhängen – dafür plädierten die Syriza-Vertreter Theodoros Paraskevopolus (Koordinator der Parlamentsfraktion) und Giorgos Chondros (Umweltpolitischer Sprecher und Mitglied im Zentralkomitee). Jetzt müssten die strategische Niederlage der Tsipras-Regierung, ihre Fehleinschätzungen der Kräfteverhältnisse in der EU und ihre Fehler im Regierungshandeln auf europäischer Ebene analysiert werden. Syriza müsse für eine solche kritische Diskussion wieder der zentrale Ort werden, so Chondros. Ausgangspunkt sei eine «Diversität», deren Zusammenhalt sich politisch, nicht ideologisch begründet.

Weiter trafen wir den Redakteur des öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehsenders ERT, Nikos Tsimpidas, der von der zwei Jahre anhaltenden Besetzung der Sendeanstalt berichtete. Als Reaktion auf die Schließung des Senders im Juni 2013 durch die konservative Samaras-Regierung nahmen rund 600 JournalistInnen den Sendebetrieb in die eigenen Hände. Nach der polizeilichen Räumung auf Anordnung von Samaras ermöglichte die Syriza geführte Regierung im Juni dann die Wiedereröffnung.

Ein Besuch des griechischen Parlaments und der Austausch mit Syriza-Abgeordneten gehörten ebenso zum Programm der beiden Bildungsreisen wie Treffen mit VertreterInnen des Solidaritätsnetzwerks Solidarity4all, einer Nachbarschaftsinitiative im Athener

Stadtteil Kypseli, der Straßenzeitung Shedia sowie ein Infogespräch mit dem Journalisten Dimitris Psarras über die griechische Nazipartei Chrysi Avgi («Goldene Morgenröte») bzw. die Initiative Golden Dawn Watch, die den aktuellen Prozess gegen die Partei kritisch begleitet. Den Abschluss der beiden Wochen bildeten Tagesfahrten nach Distomo, an den Ort des Massakers deutscher Wehrmachtssoldaten an 218 DorfbewohnerInnen im Jahr 1944. Dort besuchten die TeilnehmerInnen das Museums und die Gedenkstätte und sprachen mit Mitgliedern der antifaschistischen Bürgerversammlung von Distomo.

Ideale Voraussetzungen für unsere Seminareinheiten fanden wir in den Räumlichkeiten des Athener Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Zusammenarbeit mit der Büroleiterin Ioanna Meitani hat sich einmal mehr bewährt.

ANDREAS MERKENS PLANT UND KOORDINIERT DIE BILDUNGSREISEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

AN BILDUNGSREISEN TEILNEHMEN Die Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung bieten Studienreisen ins In- und Ausland an. Für 2016 sind Fahrten unter anderem nach Barcelona, Belgrad, Istanbul, Moskau, Riace (Kalabrien) und Rivesaltes (Südfrankreich) geplant. Überblick über die Reiseangebote unter www.rosalux.de/bildungsreisen. Kontakt: Merkens@rosalux.de

JUDITH DELHEIM

SELBST IST DIE SEIFE

IMPULSE AUS GRIECHENLAND FÜR DIE DEBATTE UM SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Seit Mitte der 1990er Jahre wird auch in Deutschland über Solidarische Ökonomie und Commons bzw. Gemeingüter diskutiert. Diese Diskussion muss politisch geführt werden. Projekte aus Griechenland zeigen, wie das geht.

Dass zurzeit wieder intensiver über Commons gesprochen wird, hat insbesondere mit Hilfen für Flüchtlinge, «Plan-B»-Diskussionen über Alternativen zum Eurosystem und zu Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA, TISA zu tun. Das heißt jedoch nicht automatisch, dass diejenigen, die sich an entsprechenden Projekten beteiligen, eine Verbindung zwischen ihren Projekten und Ideen einer Solidarischen Ökonomie ziehen. Und auch die Solidarische Ökonomie selbst wird nicht zwangsläufig als eine politische Angelegenheit betrieben. Das wurde auf dem Kongress Solikon2015 deutlich, der Anfang September in Berlin stattfand. «Solidarische Ökonomie ist nicht gleich Solidarische Ökonomie» war der Titel, mit dem die Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Workshop eingeladen hatte. Doch als es um die selbstorganisierten Solidarstrukturen in Griechenland ging, verließen gleich mehrere TeilnehmerInnen den Raum. Es gehe ja nun wieder um Schulden, Politik und all das, was man im Alltag bis zum Überdruß höre. Auch ein Input zur globalen Commonsbewegung, der auf politische Kämpfe fokussierte, erregte Unmut, weil er als Widerspruch zum-Lust-auf-Anderes-machen aufgefasst wurde. Diese Vorgänge machen deutlich, welche Probleme und Herausforderungen sich für Linke stellen: Alternativökonomie beinhaltet nicht per se auch die Auseinandersetzung mit Machtstrukturen. Emanzipativ-

solidarische Kräfte müssen hier um Einfluss und Politisierung ringen und Solidarische Ökonomie gesellschaftspolitisch diskutieren. Das bedeutet zunächst, die allgemein anerkannte, auf Luis Razeto Migliaro aus Chile zurückgehende Definition von Solidarischer Ökonomie zu erweitern. Nach dieser geht es bei Solidarischer Ökonomie um die Kooperation von in einem Projekt wirtschaftenden, sozial gleichen Menschen, die ihre Maschinen, Gebäude, Rohstoffe und Materialien und/oder ihre Wohnung/Mobilität/Konsumtionsmittel selbst verwalten und sich gemeinsam einen Lebensunterhalt/die Versorgung mit konkreten Produkten/Leistungen sichern. Die entscheidende Ergänzung wäre: Die hier Aktiven engagieren sich zugleich dafür, dass die Gesellschaft demokratisch und solidarisch verändert wird, so dass soziale, ökologische und ökonomische Probleme gerecht und nachhaltig gelöst werden. Dabei kommt dem Ausbau und der Demokratisierung des Öffentlichen ein besonderer Stellenwert zu.

Eine solche Praxis findet sich im von Syriza-Abgeordneten finanzierten Solidaritätsnetzwerk Solidarity4all, das selbstorganisierte Projekte, insbesondere solidarische Kliniken und Initiativen der Flüchtlingshilfe, finanziell und mit Beratung unterstützt. Ein weiteres Beispiel ist die besetzte Seifenfabrik Vio.me in Thessaloniki. Die Beschäftigten führen den Betrieb in Selbstverwaltung weiter. Solidarity4all braucht Spenden, Vio.me braucht Nachfrage.

WWW.NEUES-DEUTSCHLAND.DE/SHOP/ARTICLE/1457169

JUDITH DELHEIM IST REFERENTIN FÜR SOLIDARISCHE ÖKONOMIE IM INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Ungarische SoldatInnen am neu errichteten Zaun an der Grenze zu Serbien nahe der Ortschaft Röszke, September 2015. Foto: Reuters

LUTZ BRANGSCH

HABEN WIR ETWAS GELEHRT?

WAS SYRIZAS SCHEITERN FÜR LINKE IN DER EUROPÄISCHEN UNION BEDEUTET

Die Niederlage der Syriza-geführten griechischen Regierung ist auch eine Niederlage der Linken in den anderen europäischen Ländern. Sie haben es versäumt, die Mobilisierungen in ihren Ländern mit dem griechischen Widerstand gegen die Erpressungspolitik der Troika zu verbinden. Sind die aktuellen linken Organisationsmodelle nicht mehr zeitgemäß?

Karl Liebknecht, neben Rosa Luxemburg der wichtigste Exponent des linken Flügels der SPD in der Zeit des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution, hinterließ uns eine bemerkenswerte Aussage zur Rolle von erfolglosen politischen Aktionen linker Bewegungen. Im Jahr 1918 vermerkte er, dass Niederlagen nur dann ein wirkliches Scheitern bedeuten, wenn sie den politischen KontrahentInnen einfach nur die Schwäche der eigenen Bewegung zeigen. Liebknecht musste es wissen – die Linken hatten in der SPD wie auch in der Gesellschaft insgesamt verheerende Niederlagen mit schrecklichen Folgen erlitten. Legen wir diesen Maßstab an, so ist das Scheitern der Regierung Tsipras ein Versagen der Linken in der EU mit strategischer Reichweite. Der Erfolg einer Regierung unter Syriza hing von zwei Bedingungen ab: erstens von der Fähigkeit, im Land selbst Widerstand gegen die Erpressungspolitik der EU zu organisieren, zweitens von der Wirksamkeit des Widerstands der linken Bewegungen gegen die Troika-Politik in den anderen EU-

Ländern. Der Regierungsantritt der Syriza-Regierung war ein Aufruf vor allem an die Linken in Deutschland und Frankreich, dem Widerstand in Griechenland eben solchen in den eigenen Ländern zur Seite zu stellen. Die letzten Monate zeigten, dass die meisten Linken tatsächlich zu glauben schienen, die griechische Regierung könne sich allein gestützt auf die eigene Bevölkerung gegen die EU durchsetzen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Natürlich waren die Aufrufe und die vielen Solidaritätsaktionen für Projekte in Griechenland richtig und wichtig. Sie blieben aber kraftlos, weil zu keinem Moment die Organisation massenhaften Widerstandes auf der Tagesordnung stand.

Dabei spiegelt sich in den Forderungen gegenüber Griechenland die Politik in den anderen Mitgliedstaaten der EU: Privatisierungen und der Abbau sozialer Rechte, vor allem in der Alterssicherung. Auch die Auflagen bezüglich der Steuerpolitik entsprechen vergleichbaren Problemlagen in den anderen Ländern. Steuerhinterziehung ist keine griechische Spezialität, auch wenn sie sich in anderen Ländern als Steuervermeidung durch geschickte Diversifikation von Unternehmensstrukturen maskiert. So gesehen lieferten die Auflagen der Troika (aus EU-Kommission, IWF und EZB) eine perfekte Vorlage für eine Agenda EU-weiten Widerstandes wie auch für Mobilisierungen in den einzelnen Ländern. Die Auflagen markie-

ren aber auch die wunden Punkte der EU und der Regierungen ihrer Mitgliedsländer. Sie haben ihre Legitimation daran geknüpft, dass sie die Privatisierung öffentlichen Eigentums und vor allem auch der sozialen Sicherung durchsetzen. Hier sind sie äußerst angreifbar, und deshalb ist auch ihre Politik gegenüber Griechenland so brutal. Dem könnte man entgegenhalten, dass für diese Themen niemand auf die Straße zu bringen gewesen sei. Abgesehen davon, dass man darüber mangels ernsthafter Versuche nur spekulieren kann, verweist dieses Argument auf eine prinzipielle Schwäche der linken Bewegungen in den letzten Jahren. Die Auflagen der Troika kamen ja nicht überraschend. Gleichzeitig gab und gibt es Bewegungen gegen Privatisierung und für die Bewahrung des Öffentlichen, gegen die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und für höhere Löhne. Man denke nur an den Kita-Streik, an die Aktionen von Pflegekräften oder des Berliner Wassertischs, an den Streik der BusfahrerInnen im Umland Berlins. All diese Kämpfe sprachen auf die eine oder andere Art «griechische» Fragen an. Dass sich linke Bewegungen als unfähig erwiesen, diesen konkreten und durchaus massenhaften Protest als Widerstand gegen die EU-Strategie zu politisieren, deutet darauf hin, dass sie die Verbindung zu jenen sozialen Gruppen verloren haben, die unter dem Druck der Verhältnisse bereit sind, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen.

Natürlich wäre im Frühsommer ein Aufruf an Protestierende, ihre Sache mit der der GriechInnen zu verbinden, höchstwahrscheinlich ohne große Wirkung geblieben. Aber genau das ist das Problem. Es bestätigt die organisatorischen Schwächen der Linken. Es stellt sich also aus der Niederlage von Syriza in Griechenland die Frage, ob das Organisationsmodell der Linken noch zeitgemäß ist. Es gilt zu

diskutieren, ob die derzeit praktizierte Verbindung von Regierungs-, parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit sowie die dominierende Organisation entlang politischer Strömungen (und nicht gesellschaftlicher Problemlagen) politische Handlungsfähigkeit erweitert haben oder sogar einschränken. Eine andere Frage ist die nach der EU-weiten Wirksamkeit der linken Parteien und damit nach der Rolle der Europäischen Linkspartei. Sie blieb in den Auseinandersetzungen unsichtbar. Inwieweit kann oder soll die «Partei der Parteien» ein Punkt der Koordination und Organisation werden?

Es besteht die Gefahr, dass diese Probleme angesichts des Bedürfnisses, der neuen Tsipras-Regierung Ratschläge zu geben oder sie in Grund und Boden zu kritisieren, ignoriert werden. Das wäre fatal, werden uns doch alle Probleme, an denen Tsipras scheiterte, erhalten bleiben. Selbst wenn es gelingen sollte, das Freihandelsabkommen TTIP zu Fall zu bringen oder abzumildern, sind die Erfolge der Anti-Privatisierungsbewegung fragil. Die Privatisierung sozialer Sicherung und vor allem der Alterssicherung bleiben auf der Tagesordnung. Die wirksamste Form, künftigen Widerstand in einem EU-Land gegen die Austeritätspolitik zu unterstützen, wäre es, jetzt an der Mobilisierung von Widerstandspotenzialen für diese Schlüsselfragen zu arbeiten. So könnte das Versagen in eine produktive Niederlage gewendet werden. Die angeführten Aktionen des Frühsommers, aber auch viele Initiativen auf lokaler Ebene zeigen, dass es diese Potenziale gibt.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41823
[HTTP://IFG.ROSALUX.DE](http://IFG.ROSALUX.DE)

LUTZ BRANGSCH IST REFERENT FÜR DEMOKRATIE UND STAAT IM
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

TOM STROHSCHNEIDER

MÜNZENBERG & VAROUFAKIS

EUROPA DAMALS UND HEUTE UND DIE IDEE EINES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS

Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs warb der deutsche Publizist Willi Münzenberg in der Zeitschrift Die Zukunft für ein demokratisches, sozialistisches Europa. In Zeiten größter Krise der europäischen Demokratie lohnt eine Erinnerung an die verzweifelte Utopie des kritischen Sozialisten.

Erfreut über den guten Start, bilanzierte die Redaktion der Zukunft bereits in der dritten Ausgabe von Oktober 1938 ihren Versuch, eine «Programmdiskussion für ein neues Deutschland in einem neuen Europa einzuleiten». Es sei gelungen, heißt es da im Pariser Exil, «aus den weitesten Kreisen und aus den verschiedensten politischen Lagern» Autorinnen und Autoren in eine Art intellektuelles Ferngespräch zu verwickeln. Eine «freie Tribüne» des Austauschs sollte das Blatt sein – aber auch «zur Begegnung und Annäherung der verschiedenen Strömungen» beitragen.

Die Zukunft war nicht nur Willi Münzenbergs letzter großer Versuch, die deutschsprachige Opposition gegen die Nazis zusammenzubringen. Sie zielte auch darauf, eine Kultur der Diskussion zu etablieren, eine Brücke von anarchistischen KämpferInnen des Spanischen Bürgerkriegs und antistalinistischen SozialistInnen bis zum katholischen und konservativen Widerstand und zum liberalen Bürgertum zu schlagen; ein abermaliges Anrennen gegen parteipolitische Borniertheit und stalinistische Verzerrung. Und nicht zuletzt war Die Zu-

kunft Ergebnis der unerschütterlichen Überzeugung Münzenbergs, dass gesellschaftliche Emanzipation keine Frage nationalstaatlich begrenzter Veränderungen mehr sein konnte, sondern nur noch als europäische Befreiung denkbar war.

Münzenberg hatte die Zeitschrift 1938 «als Kampforgan einer sozialistisch-demokratischen Sammlung Deutschlands» gegründet. Mit der Komintern hatte er gebrochen, die KPD betrieb bereits den Ausschluss ihres einstigen Mitgründers. Der Stalinismus rückte ins Zentrum der Kritik von Münzenberg, die Sehnsucht nach Aufbruch jenseits von Dogma und Diffamierung kennzeichnete sein Denken. In der vierten Ausgabe der Zukunft ergriffen im November 1938 «ein freiheitlicher Sozialist, ein Katholik, ein orthodoxer Marxist» das Wort. Die Redaktion schrieb dazu, man werde «bei aller Verschiedenheit der ideologischen Ausgangspunkte die Möglichkeiten einer Annäherung im Hinblick auf das gemeinsame Ziel» erkennen. Dieses Ziel war gar nicht so leicht festzulegen, es bestand durchaus darin, eben nicht schon festgelegt zu sein: auf einen historischen Plan, auf den Vollzug einer als Abfolge von Gesetzmäßigkeiten verkannten Geschichte. Dem Kreis, den Münzenberg und seine Redaktion um die Zeitung scharte, ging es um mehr als den Sieg über die Nazis und die Befreiung europäischer Länder von deutscher Besatzung, deutscher Vernichtungspolitik und Kriegsbrennerei – etwas,

das Ende 1938 schon mehr als nur eine Möglichkeit war. Schon zu dieser Zeit entstand im Kreis derer, die die Zeitschrift als Debattenplattform nutzten, die Überzeugung, dass Die Zukunft eine europäische Angelegenheit sein müsse.

1939 gründete Münzenberg die Deutsch-Französische Union, die «all ihre Anstrengungen auf die Gründung eines politisch geeinten und föderativ gegliederten Europa» richtete «und auf die Organisation einer wirklichen übernationalen, mit der Verteidigung der Demokratie beauftragten Macht». Ein «neues Europa», wie es im Untertitel der Zukunft hieß. In ganz Europa, so Werner Thormann, linkskatholischer Journalist und sozusagen der Chefredakteur der Zukunft, in einer der letzten Ausgaben im Mai 1940, gehe es «darum, die Demokratie, den Sozialismus neu zu denken, die richtige Beziehung zwischen der Freiheit und Würde des Einzelmenschen und den Einschränkungen dieser Freiheit im kollektiven Interesse». Münzenberg wurde 1940 tot in einem Waldstück bei Saint-Marcelin nahe Grenoble gefunden. Die Idee, ein «neues Europa» von links zu begründen, lebte weiter. Etwa im Manifest von Ventotene, das die italienischen Antifaschisten Altiero Spinelli, Ernesto Rossi und Eugenio Colorni 1941 verfassten. Mit der Skizze eines europäischen Föderalismus unter sozialistischen Wirtschaftsregeln schloss es an die Debatte in Die Zukunft durchaus an. «Der Trennungsstrich zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären Parteien», hieß es da, verlaufe «nicht mehr längs der formalen Linie ihrer größeren oder geringeren Demokratie, des Ausmaßes, in dem der Sozialismus eingeführt werden soll; der Bruch vollzieht sich zwischen denen, die immer noch das alte Endziel im Auge haben, nämlich die Eroberung der nationalen politischen Macht, und die daher, sei es auch unfreiwillig, den reaktionären Kräften Vorschub leisten, indem

sie die glühende Lava der Volksbegeisterung in den alten Formen erstarren lassen, und den anderen, denen die Schaffung eines soliden internationalen Staates als Hauptaufgabe am Herzen liegt».

Europäische Staatlichkeit und ökonomische Integration sind heute Realität – aber unter neoliberalen Vorzeichen. In der Debatte über die von Berlin orchestrierte Krisenpolitik, ökonomische Ungleichgewichte und die Fesseln von politischer Verfasstheit und Währungssystem, ist die Kritik am real existierenden Europa gegenwärtig. In der Linken ist hieraus auch der Schluss gezogen worden auszuweichen: aus dem Euro, aus der EU. Yanis Varoufakis, früherer griechischer Finanzminister und einer der intellektuellen Köpfe eines «anderen Europa», hat solche Überlegungen zurückgewiesen. Es reiche nicht mehr, sich auf nationalstaatlicher Ebene zu bewegen. Vielmehr gehe es um eine «gemeinsame Koalition von Helsinki bis Lissabon, von Dublin bis Athen», die das Ziel verfolge, aus dem Europa der Regierungen ein Europa der Menschen zu machen. «Ich denke, wir sollten versuchen, ein europäisches Netzwerk aufzubauen, das zu einem bestimmten Zeitpunkt sich zu einer gesamt-europäischen Partei entwickeln kann», hat Varoufakis unlängst vorgeschlagen. Willi Münzenberg hätte das bestimmt gefallen.

TOM STROHSCHNEIDER IST CHEFREDAKTEUR DER TAGESZEITUNG NEUES DEUTSCHLAND

Globale Räume für radikale Solidarität – so der Titel des 1. Internationalen Willi-Münzenberg-Kongresses. Er fand mit Unterstützung der Stiftung vom 17.–20. September in Berlin statt. Mehr Informationen unter www.rosalux.de/muenzenbergkongress.

Röske, August 2015. SyrerInnen auf dem Weg nach Ungarn. Inzwischen steht ein massiver Zaun an der 175 Kilometer langen Grenze zu Serbien. Foto: Reuters





Beschäftigte aus Deutschland, Polen und Spanien diskutieren mit Bernd Riexinger Foto: Niels Holger Schmidt, Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Flickr, CC BY 2.0

JÖRN BOEWE/FLORIAN WILDE

ÜBER GRENZEN HINWEG

INTERNATIONALER ERFAHRUNGSAUSTAUSCH VON AMAZON-KOLLEGINNEN

«Ein Konzern, der international aufgestellt ist, muss international angegangen werden». So einfach brachte Bernd Riexinger die Sache bei einer von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierten Podiumsdiskussion in Berlin auf den Punkt.

Gemeinsam mit GewerkschafterInnen aus Deutschland, Polen und Spanien diskutierte der Vorsitzende der Partei DIE LINKE am 3. Oktober vor einem vollen Saal in der ver.di-Zentrale am Kreuzberger Spreeufer. «Solidarität über Grenzen hinweg» war das Motto der Diskussionsrunde, die im Anschluss an den Ratschlag «Amazon – Strategien für «gute Arbeit» und Tarifbindung» der Fraktion DIE LINKE im Bundestag stattfand.

Während in der Amazon-Konzernzentrale alle Informationsstränge aus den mittlerweile weltweit mehr als 160 Distributionszentren zusammenlaufen, haben die Beschäftigten unterschiedlicher Standorte allein aufgrund der großen geografischen Entfernungen normalerweise kaum Berührungspunkte. Dazu kommen Sprachbarrieren, Unterschiede in der Struktur der nationalen Gewerkschaften oder schlicht die Ungleichzeitigkeit von Organisationsprozessen und Arbeitskämpfen. All das sei «nichts Ungewöhnliches» – bei Amazon wie in jedem anderen transnationalen Unternehmen, betonte Riexinger. Entscheidend sei jedoch: «Es braucht gemeinsam abgestimmte Aktionen der Arbeiterbewegung, um den Vorteil der Kapitaleseite wenigstens teilweise ausgleichen zu können.»

Was das in der Praxis bedeutet, machte Christian Krähling, ver.di-Vertrauensmann und Streikaktivist der ersten Stunde bei Amazon in

Bad Hersfeld, deutlich. «Wenn wir streiken, verschiebt Amazon soviel wie möglich von unserem Auftragsvolumen nach ORY1.» Das Kürzel steht für das französische Versandzentrum bei Orléans. Um dieser Strategie etwas entgegenzusetzen zu können, baute die ver.di-Betriebsgruppe Kontakte zu den französischen KollegInnen auf. 2014 kam es dann, inspiriert vom Arbeitskampf in Deutschland, zu ersten, wenn auch noch kleinen, Streiks in Frankreich.

In Spanien, wo Amazon seit 2012 ein Versandzentrum in der Nähe von Madrid betreibt, ist man von Arbeitskampfmaßnahmen noch weit entfernt. Dort wurden Mitte September erstmals GewerkschafterInnen ins Fabrikkomitee gewählt, berichtete Maria del Rosario García Sánchez, eine von zwei gewählten Delegierten der Gewerkschaft Comisiones Obreras (CC.OO). Einen Vertreter stellt die anarchosyndikalistische CGT, die restlichen zehn der 13 Sitze im Gremium werden von einer sogenannten Unabhängigen Liste wahrgenommen. Die ist tatsächlich jedoch völlig vom Management abhängig. Dank der Zustimmung dieser «gelben» Mehrheit kann Amazon ganz legal den allgemeingültigen Branchentarifvertrag unterlaufen. Um diese Situation langsam zu verändern, müsse man zunächst die eigene Basis im Betrieb aufbauen, so die Gewerkschafterin. «Erfahrungen aus anderen Ländern und besonders aus Deutschland helfen uns dabei.»

In einem Unternehmen wie Amazon Fuß zu fassen, kann nur mit einer gut geplanten Organizing-Kampagne gelingen, betonte Kacper Stachowski von der polnischen Solidarnosc. Amazon ist in Polen

«LABOR DES WIDERSTANDS»

JOHANNES SCHULTEN ÜBER DEN KAMPF
DER AMAZON-BESCHÄFTIGTEN

Johannes Schulten und Jörn Boewe berichten seit 2013 über die Streiks bei Amazon. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfassten sie die Studie «Der lange Kampf der Amazon-Beschäftigten», die im Dezember erscheint.

In eurer Studie untersucht ihr die Strategie des Amazon-Konzerns in Europa. Was sind die wichtigsten Ergebnisse?

Schulten: Das Unternehmen schöpft die nationalen gesetzlichen Spielräume für Steuern und Abgaben ebenso wie für Löhne und Arbeitsbedingungen überall so weit wie möglich in seinem Interesse aus. Bezahlung und Arbeitszeiten unterscheiden sich teilweise erheblich, vor allem zwischen West- und Osteuropa, wohin Amazon verstärkt expandiert. Dem Konzern geht es vor allem darum, Arbeitsplätze in Länder mit niedrigen Löhnen und schwachen Gewerkschaften zu verlagern.

Wie sieht es mit der gewerkschaftlichen Organisation an den Amazon-Standorten in Europa aus?

Schulten: Nicht besonders gut. Und Amazon setzt alles daran, dass das so bleibt. In Spanien und Frankreich gibt es gelbe Gewerkschaften und unternehmensfreundliche Beschäftigtengruppen. In Großbritannien hat Amazon 2001 mit einer bisher in Europa einzigartigen Union-Busting-Kampagne alle gewerkschaftlichen Aktivitäten beendet. Ernstzunehmende Streiks hat es bisher erst in Deutschland und Frankreich gegeben.

Das heißt, die Amazon-Beschäftigten in Deutschland spielen im gewerkschaftlichen Kampf eine Vorreiterrolle?

Schulten: Das ist ganz klar der Fall. In keinem anderen Land ist es bisher gelungen, so starke betriebliche Strukturen aufzubauen wie hier. Wir sprechen in der Studie von einem «Labor des Widerstands». Bei ver.di hat man offenbar verstanden, welche Bedeutung die Dumping-Politik von Amazon für den gesamten Einzelhandel und darüber hinaus hat. In anderen Ländern sind die Gewerkschaften noch nicht so weit. Aber es passiert einiges, und die Rosa-Luxemburg-Stiftung spielt eine hilfreiche Rolle, wie man beim internationalen Erfahrungsaustausch europäischer Amazon-Gewerkschafter Anfang Oktober in Berlin sehen konnte.

Werden Streiks allein ausreichen, um den Internet-Riesen in einen Tarifvertrag zu zwingen?

Schulten: Nein. Um erfolgreich zu sein, müsste der Konflikt über den betrieblichen Rahmen hinaus geführt werden. Ein Element wäre eine Skandalisierungskampagne, die das Ansehen des Konzerns beschädigt und Rechtfertigungsdruck erzeugt. Bündnispartner dafür gibt es genug, denn überall wo Amazon auftritt, macht sich das Unternehmen Feinde.

FRAGEN: FLORIAN WILDE



Johannes Schulten

seit Herbst 2014 mit drei Versandzentren aktiv, die ausschließlich für den deutschen Markt tätig sind, ein viertes ist geplant. Immerhin drei Monate nach Eröffnung nahm die Gewerkschaft ihre Tätigkeit im Betrieb auf. Doch die Art wie Amazon reagierte, war auch für polnische Maßstäbe ungewöhnlich: «Öffentlich erklärten sie, dass sie uns als Gewerkschaft anerkennen», so Stachowski, «aber praktisch verweigern sie jedes Gespräch und antworten nicht auf unsere Korrespondenz.» Klar sei, dass die Gewerkschaft Druck aufs Unternehmen ausüben müsse, um hier eine Veränderung zu bewirken. Enge Kooperation mit ver.di und den anderen Partnerorganisationen in der UNI Global Union sei dabei essenziell: «Der Kampf mit einer globalen Firma, kann nur global geführt werden», unterstrich Stachowski und fügte hinzu: «Wir sind froh, dass wir dabei von den Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern profitieren können.»

Genau darum ging es beim Austauschmeeting am darauf folgenden Sonntagvormittag. Ohne Publikum, ganz unter sich, diskutierten mehr als 50 Amazon-Beschäftigte sämtlicher deutscher Amazon-Standorte sowie ver.di-Betreuungssekretäre mit ihren KollegInnen aus Wroclaw und Madrid. Unterschiede bei Entlohnung und Arbeitszeiten wurden detailliert unter die Lupe genommen, wie auch auffällige Ähnlichkeiten im Vorgehen des jeweiligen nationalen und lokalen Managements gegenüber gewerkschaftlich Organisierten. Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorgehen wurden erörtert und Kontakte ausgetauscht.

Allerdings konnte und sollte das Treffen am Sonntag keineswegs die europäische Amazon-Vernetzung ersetzen. Diese bringt unter dem Dach von UNI Global Union GewerkschafterInnen der französischen CGT, der britischen GMB und der tschechischen OSPO mit KollegInnen von ver.di und Solidarnosc zusammen. Sie hatte sich Ende September am Rande des ver.di-Bundeskongresses in Leipzig zum vierten Mal getroffen – ausgerichtet mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung, die den Vernetzungsprozess schon länger begleitet, und erstmals auch der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Gegenteil: Das Treffen am Sonntag sollte eine die bestehende Vernetzung ergänzende Möglichkeit zum vertiefenden Austausch bieten. Dies ist auch insofern gelungen, als die CC.OO bisher nicht Teil der Amazon-Vernetzung waren, durch das Austauschtreffen aber an diese herangeführt werden konnten..

Die angereisten KollegInnen der CC.OO nutzten den Sonntag dann noch für ein weiteres transnationales Vernetzungstreffen – diesmal mit spanischen ArbeitsmigrantInnen, die sich in Berlin zur Aktionsgruppe Grupo di Accion Sindical (GAS) zusammengeschlossen haben und versuchen, migrantische Beschäftigte aus Südeuropa gewerkschaftlich zu organisieren.

Das Wochenende machte deutlich: Konzerne wie Amazon mögen Global Players sein – doch die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften versuchen, der Macht transnationaler Konzerne die internationale Solidarität der Beschäftigten entgegenzusetzen und sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Ihre Bewegung ist noch jung, aber sie gewinnt europaweit an Kraft. Aus ihren konkreten Erfahrungen kann viel für die großen Fragen transnationaler gewerkschaftlicher Organisation gelernt werden.



WWW.ROSALUX.DE/DOCUMENTATION/54159
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41578

JOERN BOEWE IST JOURNALIST UND BEGLEITET SEIT LANGEM DEN ARBEITSKAMPF BEI AMAZON. FLORIAN WILDE IST REFERENT FÜR GEWERKSCHAFTSPOLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

TURBULENTER SOMMER

INSTABILITÄT IM CHINESISCHEN FINANZSYSTEM, ABER DIE KRISE BLEIBT AUS

«China niest und die ganze Welt bekommt eine Erkältung.» Derartige Schlagzeilen dominierten die Wirtschaftsnachrichten zur Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft in den letzten Monaten.

Die zwei zentralen Fragestellungen, die sich bei solchen Aussagen aufdrängen sind: Wo kränkelt es in der chinesischen Wirtschaft, und ist das ansteckend? Die chinesische Wirtschaft hat einen turbulenten Sommer hinter sich. Die Symptome waren Einbrüche im Aktienmarkt, die abrupte Abwertung des Renminbi und Rückschritte in mehreren Industriesektoren, die bisher als tradi-

tionelle Wachstumsmotoren gegolten haben (industrielle Produktion, Investitionen, Exporte etc.): Volatilität als Nebenwirkung eines Reformprozesses, dessen Ergebnis noch offen steht. Finanzmittel werden über das Emittieren von Aktien generiert. Lediglich rund sieben Prozent der urbanen Bevölkerung besitzen überhaupt Aktien und wenn, dann machen sie im Vergleich zu Spareinlagen und Immobilien einen verschwindend kleinen Teil aus. Institutionelle Investoren sind schwach, Kursentwicklungen haben wenig Auswirkungen. Schmerzhaft für Privatanleger, aber wenig übergreifendes Krisenpotenzial. Anders ist dies beim Außenhandel und auf dem chinesischen Devisenmarkt. Der Devisenmarkt ist noch streng geregelt, aber als größte Exportnation haben auch geringe Schwankungen große Auswirkungen.

Der Rückgang des Außenhandels, genauso wie die Schwächung des Investitionswachstums und die Produktionseinbußen in einzelnen Sektoren, die jahrelang die Wachstumsmotoren der chinesischen Wirtschaft waren, sind Teil einer seit Mai 2014 von der chinesischen Regierung unter dem Begriff «Neue Normalität» zusammengefassten Entwicklungsphase der chinesischen Wirtschaft.

Als Beschwichtigungsformel von offizieller Seite häufig strapaziert, handelt es sich im Kern um eine Neuorientierung des Wachstumsmodells. Eine Restrukturierung hin zu einem nachhaltigen Modell wird in China nicht nur deshalb propagiert, weil die Kommunistische Partei ihre Legitimität zum Regieren aus dem Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik und der Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung bezieht. Auch machte sich die extensive Ressourcennutzung in Umweltschäden, ungewollten Abhängigkeitsverhältnissen und Ungleichgewichten in der Wirtschaft bemerkbar.

Mit Abflachen der bisherigen Dynamik von zweistelligen Wachstumswerten auf rund sieben Prozent mussten neue Wege gesucht werden, um die Bevölkerung zufriedenzustellen, für politische Stabilität zu sorgen und die Wirtschaft langfristig tragfähig zu machen. Die Restrukturierung soll wegführen von der bestehenden Exportorientierung und Investitionslastigkeit des Wachstums, hin zu einem qualitativ neuen Wachstumsmodell, bei dem der Binnenmarkt, Konsum, Innovation und Produktivität im Vordergrund steht und in dem die Schonung von Ressourcen und Umwelt berücksichtigt wird.

In der Umsetzung der Strategie treffen jedoch zwei Strömungen innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas aufeinander, zwischen deren Sichtweisen sich ein angespanntes Verhältnis zwischen Staat und Markt offenbart. Besonders sichtbar wurde dies während des 3. Plenums des 18. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas im November 2013, auf dem die wirtschaftspolitische Ausrichtung der aktuellen Regierung um Präsident Xi Jinping kundgetan wurde. Dort wurde verlautbart, gleichzeitig dem Markt mehr Freiräume

Als Indikator für die Entwicklung Chinas sind Aktienindizes nur bedingt brauchbar.

tionelle Wachstumsmotoren gegolten haben (industrielle Produktion, Investitionen, Exporte etc.): Volatilität als Nebenwirkung eines Reformprozesses, dessen Ergebnis noch offen steht.

Die Kurskorrekturen am chinesischen Aktienmarkt waren dramatisch. Der Shanghai Composite Index verlor innerhalb eines Monats zwischen Juni und Juli um 28 Prozent an Wert. Insgesamt wurden laut letzter Schätzungen rund drei Milliarden Euro vernichtet. Davor gab es eine beispiellose Hausse. Der Index hatte sich innerhalb eines Jahres verdoppelt, ohne dabei Rücksicht auf Fundamentalwerte zu nehmen. Als auslösendes Element trugen billiges Geld, diverse Liberalisierungen, die Förderung kreditfinanzierter Aktienkäufe und Spekulanten, die nach den Schwierigkeiten im Immobilienmarkt in die Aktienmärkte drängten, zu den Kursschwankungen bei.

Als Indikator für die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft sind die Aktienindizes jedoch nur bedingt brauchbar. Dafür spielen die Aktienmärkte eine zu geringe gesamtwirtschaftliche Rolle, mit nicht genügend Anknüpfungspunkten an die reale Wirtschaft. Die Unternehmensfinanzierung läuft fast ausschließlich über den Banksektor ab. Weniger als fünf Prozent der

Die abrupte Abwertung des Renminbi zum US-Dollar im August (um 3,4% innerhalb von drei Handelstagen) und der darauffolgende Schwund von Devisenreserven um ca. 94 Millionen US-Dollar innerhalb eines Monats sorgten für Nervosität und Gerüchten über einen bevorstehenden Währungskrieg. Der Währungskrieg blieb aus und auch die Krise.

Hintergrund der Abwertung war eine Reform in der Festlegung des Referenzwechsellurses mit einer stärkeren Orientierung an die Wechselkursentwicklung des Vortags: ein Mehr an Marktkräften, die zu höheren Schwankungen führten und nur durch verstärkte Interventionen eingedämmt werden konnten.

Da China weiterhin mit Abstand über die höchsten Devisenreserven weltweit verfügt (ca. 3.500 Milliarden US-Dollar), deren Aufrechterhaltung durchweg kostspielig ist, ist der Abbau weniger Krankheit, mehr Chance, den sterilen Geldberg zu verkleinern. Dies soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Außenhandel einer der Indikatoren ist, der zunehmend unter Druck geraten ist. In den ersten neun Monaten des Jahres 2015 sanken die Außenhandelsaktivitäten um rund acht Prozent, wobei China vor allem weniger importierte (-15%).



Im Juni und Juli verlor der Shanghai Composite Index fast 30 Prozent seines Werts. Die Shanghaier Skyline inklusive Finanzdistrikt (links). Foto: picture alliance

schaffen zu wollen und die dominante Rolle des Staates in der Wirtschaft beizubehalten.

Im neuen Wachstumsmodell werden andere Prioritäten gesetzt. Anpassungswehen werden vor allem in den traditionellen Wachstumsmotoren wie der Schwerindustrie, der Bauindustrie oder im Bereich der Billiglohnproduktion für den Export sichtbar. Der Verlust der dort bestehenden Dynamik (durch Überkapazitäten, Abwanderung in Billiglohnländer, gesteigerte Konkurrenz etc.) wird nicht komplett durch die neu erstarkten Sektoren, wie dem Dienstleistungssektor, der Internetbranche oder der Produktion von höherwertigeren Produkten, ersetzt. Ausgeglichen wird durch staatliche Förderung und durch Verlangsamung der Reformen, um soziale Stabilität zu wahren. Verschiedene notwendige Reformen, wie die der staatlichen Unternehmen oder des Haushaltsregistrierungswesens (Hukou) werden dadurch nur zögerlich vorangetrieben. Es kommt zu widersprüchlichen Signalen, die zwischen marktfreundlicher Rhetorik und substanziellen Interventionen schwanken. Die grundsätzliche Nachhaltigkeit beider Wachstumsvarianten – ob nun Konsum- oder Investitionsgetrieben – als zwei Seiten eines kapitalistischen Entwicklungspfads wird aus den Augen verloren.

Gleichzeitig bedingt die wirtschaftliche Restrukturierung auch gesellschaftliche Veränderungen. Lohnquoten im städtischen und ländlichen Raum wachsen jährlich im zweistelligen Bereich. Die erfolgreiche Armutsbekämpfung in China war einer der Hauptgründe für das weltweite Erreichen der Zielsetzung zur Armutsreduktion in den Millennium Development Goals. Parallel dazu nimmt die Ungleichheit zu. China ist das Land mit dem größten Wachstum an US-Dollar-Millionären und einem sich stetig erhöhenden Gini-Index zur Einkommensverteilung. Der Arbeitsmarkt ist weiter zwischen

städtischen Arbeitskräften und Wanderarbeitern segmentiert. Die Reform der Sozialversicherungssysteme wird vorangetrieben, allerdings werden zunehmend Umlageverfahren durch kapitalgedeckte Mechanismen ersetzt, die Instabilität und Disparität in der Absicherung erhöhen. Für die chinesischen Unternehmen bedeutet die Restrukturierung Umgang mit steigenden Lohnkosten, Konzentration auf Innovation und erhöhter Wettbewerbsdruck. Die Förderung des chinesischen Engagements im Ausland wird zum Gebot der Stunde, um den Probleme in der Inlandsanpassung zu begegnen. Die Initiative zur Wiederbelebung der Seidenstraße oder die Gründung der Asiatischen Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB) zeigen dies.

Die globalen Wirtschaftszusammenhänge ändern sich mit der Restrukturierung der chinesischen Wirtschaft. Die Ansteckung weltweiter Aktienmärkte durch die chinesische Volatilität, wie dies im Sommer zu beobachten war, ist mehr auf psychologische Effekte zurückzuführen. Für direkte Übertragungen im Finanzsystem ist China nicht genug in die globale Finanzarchitektur integriert. Mit zunehmender Internationalisierung des Renminbis werden Schritte in diese Richtung unternommen, wobei derzeit die noch eingeschränkte Konvertibilität die direkte Übertragung von Volatilität verhindert. Wesentlich einschneidender wirkt sich die sinkende Nachfrage Chinas aus: an Rohstoffmärkten, stark exportorientierten Volkswirtschaften (wie Deutschland, Japan oder Südkorea) und bei komplexeren Produkten, die zunehmend in China selbst produziert werden.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41913
[HTTP://OTHES.UNIVIE.AC.AT/31229](http://OTHES.UNIVIE.AC.AT/31229)

SEBASTIAN PRANTZ ERHIELT IN DIESEM JAHR FÜR SEINE UNTERSUCHUNG ZUM CHINESISCHEN FINANZSYSTEM DEN JÖRG-HUFFSCHMID-PREIS

MURAT ÇAKIR

ERDOĞANS ERFOLGSREZEPT

MIT EINEM NATIONALISTISCHEN FUROR SICHERT SICH DIE AKP DIE MACHT

Es bewahrheitet sich wieder: «Nationalstaat» und «Nationalismus» sind an sich «leere Hülsen, in die jede historische Epoche und die Klassenverhältnisse in jedem Lande ihren besonderen materiellen Inhalt gießen» (Rosa Luxemburg). Und es zeigt sich, wie jedes Mal: Wenn herrschende Klassen aus reinen Machterhaltungsinteressen ein nationalistisches Fanal entfachen, folgen diesen immer blutige Begleiterscheinungen wie Pogrome, Kriege, Hass und Zerstörungen.

Gerade heute erleben die Menschen in der Türkei und insbesondere in Kurdistan auf eine dramatische Weise die Folgen des gefährlichen Spiels der Herrschenden mit dem Feuer. Die AKP-Regierung lässt bewusst die Gewalt eskalieren. Doch wohin steuert die Türkei, das gescheiterte Modell des Westens für die islamische Welt?

Lange Zeit wurde die AKP vom Westen als ein «Modell für die islamische Welt» gepriesen. Die «Kompatibilität des politischen Islams mit der bürgerlichen Demokratie» und somit «die Chancen für stabile politische Verhältnisse in Verbindung mit Wirtschaftswachstum und Wohlstandszunahme» wurden anhand des «türkischen Wirtschaftswunders» gerne und ständig kolportiert. Auch für die AKP war das ein willkommener Anlass, um ihr ambitioniertes Ziel voranzutreiben: die regionale Führungsmacht zu sein, die die neoliberale Integration des Nahen und Mittleren Ostens in die imperialistisch-kapitalistische Weltordnung verwirklicht.

Doch die jüngsten Umwälzungen in der arabischen Welt haben diesen Träumen ein jähes Ende bereitet. Innerhalb kurzer Zeit wurde deutlich, dass die «Kompatibilität» des politischen Islams mit der bürgerlichen Demokratie ein Wunschtraum ist. Inzwischen ist die

Türkei ein Land, das seine Botschafter aus Ägypten, Israel, Jemen, Libyen und Syrien abgezogen hat und mit Syrien und der Zentralregierung Iraks verfeindet ist.

Weil aber die Türkei für den Westen aus geostrategischen, geoökonomischen und geopolitischen Gründen einen unschätzbaren Wert hat und weder die USA noch die EU in der Lage sind, eine Alternative zu Erdoğan auf die Beine zu stellen, sind sie gezwungen, ihn weiter zu stützen.

Deshalb krallt er sich mit aller Kraft an die Macht – und zwar durch Entfaltung eines nationalistischen Furors. Der türkische Nationalismus ist eine starke Waffe in den Händen der Herrschenden. Große Teile der Mehrheitsgesellschaft – ob laizistisch oder konservativ – lassen sich für die nationalistische Staatsdoktrin und die neosmanischen Hegemonieambitionen begeistern. Der berühmte Satz, «Wie glücklich ist derjenige, der sagen kann, ich bin Türke» ist nicht nur eine rassistische Propagandaphrase, sondern der Schlüssel, der die Teilhabe an den gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Ressourcen in der Türkei ermöglicht.

Es war der Erfolg der AKP, den türkischen Nationalismus mit dem islamischen Konservatismus zu verbinden und diese Verbindung zum Schlüssel der Teilhabe zu machen. Sie hat ein Bild aufgebaut, das vorgaukelte, dass «einfache Menschen, die das unter dem paternalistischen Joch der kemalistischen Eliten leidende Volk vertreten, jetzt an der Macht» wären. Die Teilnahme an Freitagsgebeten, demonstratives Fasten im Ramadan, islamische Bekleidung und selbst der Begrüßungsformel Es-Salamun-Alaykum anstatt eines schlichten Merhaba öffneten Türen und gewährleisteten Aufstiegschancen.

Das zerbombte Kobanê. Foto: Mark Mühlhaus, attenzione photographers

BACK TO ROJAVA

UMKÄMPFTES KOBANÊ «Rojava» nennen die KurdInnen ihr Siedlungsgebiet im nordöstlichen Syrien nahe der türkischen Grenze. Die Fotografien von Mark Mühlhaus zeigen die Situation in den Kantonen Cizîrê und Kobanê, die Zerstörungen durch den IS, aber auch den Mut der Bevölkerung. Die Ausstellung von medico international und attenzione photographers wirbt um Spenden für die Region. Vom 8.12.2015 bis 26.1.2016 ist sie in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin zu sehen. Mehr Informationen: www.rosalux.de/rojawa



In dieser Situation ging Erdoğan's Angst- und Eskalationsstrategie auf: Die Wahlergebnisse vom 7. Juni 2015 wurden zugunsten der AKP «korrigiert». Die Partei gewann bei den Wahlen am 1. November über 8,5 Prozent der Stimmen zurück. Gesteuerte Pogrome, Bombenanschläge, rund 700 Tote in knapp fünf Monaten, Brandanschläge auf linke Einrichtungen, Horrorszenarien in den regierungsnahen Medien, De-facto-Kriegszustand in Kurdistan – all dies führten dazu, dass die Propagandaformel «Ohne AKP-Alleinregierung wird das Chaos herrschen» in der Mehrheitsgesellschaft seine Wirkung zeigte.

Die AKP setzte von Anfang an auf eine «Stabilitätskampagne», die suggerierte, Stabilität könne nur unter einer AKP-Alleinregierung gewährleistet werden. Regierungsnahe Medien propagierten, dass das Wahlergebnis vom 7. Juni die «Chaos-Gefahr» erhöht habe und Koalitionen aus verschiedenen Parteien im Gegensatz zu einer Alleinregierung die Instabilitäten fördern würden. Die AKP konnte die Vielfachkrise, in der die Türkei steckt, für ihr «Stabilitätsversprechen» erfolgreich nutzen. Mit ihrem nationalistischen Gebaren gelang es ihr, konservative Stimmen auf sich zu vereinen. Der schmutzige Krieg gegen die kurdische Bevölkerung erfüllte ebenso seinen Zweck: Insbesondere kurdische Mittelschichten und Kleinbürger sowie konservative Kurden, die am 7. Juni der HDP ihre Stimmen gegeben hatten, aber in den letzten Monaten aufgrund der Repres-

sionsmaßnahmen in den kurdischen Gebieten massive wirtschaftliche Verluste verzeichneten, wandten sich wieder der AKP zu.

Die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der WählerInnen in der Türkei konservativ und nationalistisch orientiert ist, wurde bei der Wahl erneut bestätigt. Eine fehlende regierungsfähige konservative Alternative und die weitgehende Kontrolle der bürgerlichen Medien, die offene Unterstützung durch die EU sowie die Erwartung, mit einer starken Regierung wieder auf einen Wachstumspfad zu kommen, hat die Mehrheit der WählerInnen zur Stimmabgabe zugunsten der stärksten politischen Formation des türkischen Konservatismus bewogen.

Die AKP-Regierung wird, ausgestattet mit diesem Wahlergebnis, ihre neoliberale Agenda und Kriegsrhetorik verschärfen. Die Gefahr einer militärischen Beteiligung am syrischen Bürgerkrieg hat sich potenziert. Auch wenn Erdoğan für sein Präsidialsystem die notwendige parlamentarische Mehrheit nicht erreicht hat, ist davon auszugehen, dass das autoritäre Regierungshandeln sich verfestigen, möglicherweise ein autoritäres Sicherheitsregime installiert wird.



[HTTP://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.DE](http://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.DE)
WWW.ROSALUX.DE/NEWS/41850

MURAT ÇAKIR LEITET DAS REGIONALBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN HESSEN

GÜNTER WIPPEL

STRAHLENDES GOLD

URANABBAU IN AFRIKA: STATT EXPORT IST VERMEHRT DIE EIGENE NUTZUNG GEPLANT

Seit Jahrzehnten sind afrikanische Länder Exporteure von Uran. In der jüngeren Zeit zeichnen sich zwei Trends ab: Neue Förderländer treten auf und neben dem Export versuchen Länder, Uran selbst zu verwerten. Gleich bleiben die ökologischen und sozialen Folgen in den Förderregionen.

Der Uranbergbau in Afrika hat eine lange Geschichte und geht zurück auf die 1920er Jahre. Damals gab es nur wenige Radium-Abbauorte weltweit, darunter das Bergwerk von Shinkolobwe im damaligen Belgisch-Kongo.

Nachdem in den 1930er Jahren die Möglichkeit der künstlichen Atomspaltung entdeckt und damit klar wurde, dass mit einer (unkontrollierten) Kettenreaktion eine gewaltige Waffe, eine Atombombe, möglich ist, wurde Uran zu einem Material strategischer Bedeutung.

Aber wo war es zu finden? Unter anderem dort, wo Radium gewonnen wurde. Radium ist ein Zerfallsprodukt von Uran – und wo Radium vorkommt, musste auch Uran zu finden sein. So wurde das Bergwerk Shinkolobwe zum Lieferanten eines Teils des Urans der Atombomben, die 1945 auf Japan abgeworfen wurden.

Dies änderte sich auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst nicht. Die Union Minière de Haute Katanga lieferte auf Drängen der USA weiterhin Uran an das US-Militär. Als Belgisch-Kongo im Jahr 1960 in die formale Unabhängigkeit entlassen wurde, wurde das Uranbergwerk Shinkolobwe zunächst geschlossen. Dahinter standen Interessen des US-Militärs, dass das Uran aus dem Kongo niemanden anderem in die Hände fällt. Uran wurde allerdings noch in weiteren Ländern Afrikas abgebaut.

So betreiben zwei Tochtergesellschaften der französischen COGEMA, jetzt AREVA, umfangreichen Uranbergbau im Niger: die SOMAIR seit 1971 mit einem Tagebaubergwerk, die COMINAK seit 1978 in einem herkömmlichen Bergwerk. Als Niger 1960 in die (formale) Unabhängigkeit entlassen wurde, ließ sich Frankreich exklusiv das Abbaurecht für Rohstoffe in seiner ehemaligen Kolonie vertraglich zusichern. Die Bergbaustadt Arlit wurde aus dem Wüstenboden gestampft. Niger selbst hatte das Recht, eine kleinere Menge Uran auf dem freien Markt zu verkaufen, für den größeren Teil erhielt es einen Anteil am Wert des gewonnenen Urans.

Um mehr vom Uranbergbau zu profitieren, öffnete Präsident Mamadou Tandja in den 2000er Jahren das Land für ausländische Bergbaufirmen. Im Jahr 2008 eröffnete die chinesische Staatsfirma China National Nuclear Corporation (CNNC) in der Nähe der Bergwerke von Arlit das Uranbergwerk Azelik. Im Jahr 2012 ging die erste Uranlieferung nach China.

Uranextraktionsanlagen von AREVA waren im Mai 2013 Ziel eines Selbstmordanschlages, für den die islamistische MUJAO die Verantwortung übernahm. Die AREVA-Fabrik stand danach für einige Monate still und nahm erst im August 2013 wieder die Produktion auf. Weitere Probleme entstanden für AREVA mit der «Erneuerung» des zum 31. Dezember 2013 auslaufenden Abbauvertrages mit der Regierung von Niger. Nach zähen Verhandlungen wurde im Mai 2014 ein auf fünf Jahre gültiger Vertrag geschlossen, der Niger mehr Einnahmen aus dem Uranbergbau zusichert.

Tansania ist ein Beispiel für die neuen afrikanischen Länder, die auf den Uranmarkt drängen. Bisher wurden 70 Explorationslizenzen an

(ausländische) Firmen vergeben. Am weitesten wurde das Mkuju River Uranium Projekt vorangetrieben – obwohl es in dem UNESCO-Weltkulturerbe des Selous Game Reserve liegt. Jedenfalls bis vor zwei Jahren; dann ließ Tansania das Minenareal aus dem Naturpark herausnehmen. Die entsprechende Sitzung des World Heritage Committee fand damals in St. Petersburg statt. Zufällig hatte gerade das Unternehmen ARMZ, eine Tochter der russischen ROSATOM, das Vorkommen erworben. Unterschiedlich sind die Einschätzungen über den Stand des Projekts: Während die tansanische Regierung von einem baldigen Beginn des Abbaus spricht, geht selbst ein Pro-Atom-Nachrichtendienst davon aus, dass »on the ground« nicht viel vorangeht.

Um andere Projekte in den Regionen Bahi und Manyoni in Zentral-Tansania ist es ebenfalls stiller geworden, dazu dürften auch erhebliche Proteste aus der Bevölkerung beigetragen haben.

In Tansania war explizit für den Uranbergbau geworben worden, weil man damit Atomkraftwerke betreiben und so der Energiekrise im Land begegnen könne. Ähnliche Töne waren auch aus Kenia zu vernehmen, Ghana erhielt »grünes Licht« für den Bau eines Atomkraftwerks, und Nigeria schießt ebenfalls auf die Atomkraft. AKW-Betreiber und Lobbyisten werden nicht müde, einer Nuklearisierung Afrikas das Wort zu reden. Gerne ausgelassen wird dabei, dass Uran keineswegs direkt in ein Atomkraftwerk gestopft werden kann und dann Energie erzeugt – es liegen die Schritte Konversion,

Anreicherung, Brennelementproduktion dazwischen, kostspielige und teilweise sensible Schritte, die in nur wenigen Anlagen auf der Welt durchgeführt werden können – keine davon steht in Afrika.

Zum anderen verfügen die meisten afrikanischen Länder nicht über entsprechende Leitungssysteme, um den Strom im Land zu verteilen – und derartige Leitungssysteme sind ebenfalls weder zum Nulltarif zu haben noch in kürzester Zeit aufzubauen. Die Planungs- und Bauzeit von Atomkraftwerken – im besten Fall fünf bis sechs Jahre, in den ungünstigeren Fällen bis zu 30 Jahre, ist ebenfalls keineswegs dazu geeignet, bestehende Energiekrisen zeitnah zu bewältigen. In Südafrika, dem einzigen Land, das bereits Atomkraftwerke betreibt, schlagen sich offensichtlich AREVA und ROSATOM darum, wer den Auftrag für den Bau neuer Atomkraftwerke bekommt – Südafrika selbst kann sich offenbar nicht entscheiden.

In den anderen Ländern dürfte die Idee, Atomenergie zur Verbesserung der Elektrizitätsversorgung zu bauen, vor allem ein Köder sein, in der Bevölkerung Zustimmung oder zumindest Duldung der Ausbeutung der Uranressourcen zu bekommen – während die Ressourcen des jeweiligen Landes ohne Rücksicht auf Verluste ausgebeutet werden.



WWW.URANIUM-NETWORK.ORG

WWW.ROSALUX.DE/WELTWEIT/AFRIKA.HTML

GÜNTER WIPPEL IST WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLER, IN DER ANTI-ATOM-BEWEGUNG AKTIV UND MITBEGRÜNDER DES URANIUM-NETWORK

DAVID BEGRICH

RASSISTISCHE BEWEGUNG

DIE ABLEHNUNG VON FLÜCHTLINGEN IST EIN MOTOR DER RECHTSENTWICKLUNG

Noch im Sommer konnte man den Eindruck gewinnen, die Zunahme rassistischer Mobilisierungen gegen Flüchtlinge sei ein Problem sächsischer Orte mit dem Anfangsbuchstaben F wie Freital oder Freiberg. Leider ist es mehr als das.

Wer den Anstieg rechter und rassistischer Gewalttaten, Brandanschläge und Angriffe verfolgt, weiß: Der geradezu explosionsartige Anstieg der Angriffe im dritten Quartal ist nicht auf Sachsen beschränkt. Im Schatten der Aufmerksamkeit für Pegida formiert sich nichts weniger als eine neue soziale Bewegung von rechts. Wie in den 1990er Jahren steht ihr Motor im Osten des Landes. Doch längst gibt es auch in Hessen, Niedersachsen und Baden-Württemberg Brandanschläge und Angriffe auf Flüchtlinge. Bei der Zahl der rassistischen, meist regionalen Demonstrationen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen den Überblick zu behalten, fällt schwer. Abend für Abend finden sich landesweit Menschen, die ihren rassistischen Vorurteilen Ausdruck verleihen – ob bei Fackelmärschen harter Neonazis oder bei Spontandemonstrationen im Anschluss an Bürgerversammlungen ganz ohne die organisatorische Hilfe von Neonazis. Die im Entstehen begriffene rechte Bewegung bedient sich zivilgesellschaftlicher Protestformen, wie etwa in Chemnitz-Einsiedel, wo über Tage die Zugänge zu einer geplanten Unterkunft für Flüchtlinge blockiert wurden.

Seit Jahren diagnostizieren SozialwissenschaftlerInnen, dass die Zustimmungsbereitschaft zu rassistischen und rechtsautoritären Politikkonzepten zunimmt. Nun ist dieser Befund auf der Straße zu beobachten. Was in Politik und Medien als Radikalisierung von

Pegida und den Folgen beschrieben wird, ist in Wahrheit eine Ausweitung der Feindbestimmung von Rechtsaußen. Nicht mehr nur Flüchtlinge und antifaschistische Initiativen werden zum Zielpunkt rechter Gewalt. Auch die Zahl der Angriffe etwa auf Wahlkreisbüros der Partei DIE LINKE, der Grünen und der SPD sind stark gestiegen. Während ParlamentarierInnen noch einen gewissen Schutz genießen, fehlt dieser allerdings jenen Menschen, die sich ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren, gänzlich. Sie werden von der Politik zwar mit vielen warmen Worten bedacht, mit dem Rechtfertigungsdruck und den Angriffen auf sie und ihre Arbeit stehen sie jedoch ziemlich allein.

Ereignisse, die vor sechs Monaten noch den Stoff für einen Skandal abgegeben hätten, liegen heute bereits unter der Wahrnehmungsschwelle der Medien: Brandanschläge auf noch nicht bezogene Unterkünfte etwa oder Angriffe, bei denen es »nur« leicht verletzte Betroffene zu beklagen gibt, lösen kaum mehr aus als hilfloses Achselzucken. Dass die gegenwärtige Entwicklung auf die Herausbildung eines stabilen rechtspopulistischen Blocks zuläuft, ist nicht nur an den Umfragewerten der AfD zu messen. In Ostdeutschland stellen die Protestmilieus im Zuge von Pegida über die rassistische Ablehnung der Flüchtlinge die Systemfrage von Rechts. Jene, die »Merkel muss weg« skandieren, wännen sich in einer vorrevolutionären Situation.

WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41668

DAVID BEGRICH IST MITARBEITER DER ARBEITSSTELLE RECHTSEXTREMISMUS DES VEREINS MITEINANDER IN MAGDEBURG



In Burkina Faso haben BürgerInnen einen Diktator gestürzt und einen Putsch verhindert. Place des Nations-Unies in Ouagadougou. Foto: H. Fahrberge, CC-BY-SA-3.0

NDONGO SAMBA SYLLA

DEMOKRATISCHER WANDEL?

DIE KRISE DES POLITISCHEN IN WESTAFRIKA – EINE BESTANDSAUFNAHME

Welche aktuellen politischen Entwicklungen gibt es in Westafrika? Und welche wesentlichen, relativ dauerhaften Trends lassen sich erkennen und wie sind sie in Bezug auf ihre Bedeutung für zukünftige Entwicklungen zu bewerten?

In den vergangenen drei Jahrzehnten sind politische Prozesse in Afrika vor allem unter dem Blickwinkel «demokratischen Wandels» wahrgenommen worden, wobei nicht selten der Eindruck entstanden ist, dass es sich dabei um eine Bewegung hin zur letztlich umfassenden Verwirklichung von «Volksmacht» handeln würde. In Wirklichkeit ist es aber eher angebracht, von Prozessen zunehmender «Liberalisierung» – im Plural – zu sprechen, weil diese Prozesse selbst in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlich verlaufen.

Zum einen hat der Übergang zu Mehrparteiensystemen den öffentlichen Mitwirkungsraum zwar deutlich erweitert, ist aber weit davon entfernt, wirkliche demokratische Teilhabe jenseits von formalen Wahlprozeduren zu ermöglichen. Auf der anderen Seite war diese politische Liberalisierung seit den 1980er Jahren im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen mit einer zunehmenden Öffnung der nationalen Wirtschaften verbunden. Analytisch müssen diese beiden Entwicklungen zusammen gedacht werden. Denn die Hoffnungen der politischen Liberalisierung wurden durch die Übernahme neoliberaler Wirtschaftskonzepte weitgehend paralysiert. Das heißt, die politische Öffnung hat es nicht vermocht, die neokoloniale Ausrichtung der Volkswirtschaften Afrikas grundsätzlich zu ändern.

Die wichtigste Erkenntnis ist die, dass die Einführung von «Demokratie», selbst wenn mit diesem Begriff ein Konzept von tatsächlicher Selbstbestimmung gemeint sein sollte, nicht ausreicht. Allein die Schaffung von «guten» demokratischen Institutionen ist nicht genug. Die eigentliche Herausforderung für die Demokratiebewegung in Westafrika (und in Afrika überhaupt) besteht folglich darin, die tief verwurzelten strukturellen Hemmnisse für eine wirkliche Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen zu beseitigen. Dabei geht es insbesondere um drei Phänomene: den «ewigen Präsident», den «ewigen Klub» (von Amtsinhabern) und das «ewig gleiche politische Programm».

Eine von diesen Überlegungen geleitete Analyse der Situation in Westafrika hat vor allem vier Befunde hervorgebracht. Erstens haben friedliche Machtwechsel durch demokratische Wahlverfahren deutlich zugenommen, wie das jüngste Beispiel Nigeria einmal mehr zeigt. Zweitens wächst in der Region der Widerstand gegen «ewige Präsidenten», die durch Änderungen der Verfassung im Amt zu bleiben hoffen. Drittens bleibt die tagtäglich ins Werk gesetzte Politik – trotz a priori positiver Veränderungen – jedoch immer noch weit hinter den Erwartungen der BürgerInnen zurück. Hier gibt es keinerlei Anzeichen für eine Veränderung des politischen Handelns der Eliten. Trotz beeindruckender Wachstumsraten ist es nirgendwo gelungen, die tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung in Bezug auf Gesundheits- und Energieversorgung, Bildung,

und Arbeitsplätze in den Mittelpunkt des Regierungshandelns zu stellen. Dieses zweifache Versagen – hinsichtlich demokratischer Machtausübung und mit Blick auf die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung – trat nicht zuletzt beim Ausbruch der Ebola-Epidemie offen zutage. Viertens haben die Aktivitäten sozialer Bewegungen deutlich zugenommen. Mit all den ihnen eigenen Widersprüchen und Problemen sind diese Bewegungen zu einer wichtigen politischen Kraft in Westafrika geworden. Die eigentliche Herausforderung für sie besteht – jenseits der Beseitigung despotischer Herrscher – jedoch darin, ein alternatives gesellschaftliches Projekt zu begründen, das den demokratischen und wirtschaftlich-sozialen Erwartungen der Mehrheit entspricht.

Alles zusammengefasst bleibt zu konstatieren, dass die Region in einer Krise steckt. Diese Feststellung erscheint angesichts der beeindruckenden Wachstumsraten, der unablässigen Beschwörung des «afrikanischen Aufbruchs» durch die Politiker und der zunehmenden Durchsetzung parlamentarischer Spielregeln paradox. Worauf gründet sich also dieser scheinbar absurde Befund? Etymologisch verweist «Krise» auf ein kritisches Stadium, z. B. bei einer Krankheit, aber auch in Bezug auf eine schwierige Situation, die sofortige Entscheidungen erfordert. Wenn wir also von einer Krise in Westafrika sprechen, geht es zunächst um eine Art Erkrankung und deren Prognose. Diese Krankheit heißt «Demokratiedefizit».

Dazu gehören zwei Symptome: eine schwache politische Führung und eine (aus der Sicht der Bevölkerungsmehrheit) völlig unzureichende Wirtschafts- und Sozialpolitik. Beides wiederum gründet in der untergeordneten Position der Region in der kapitalistischen Weltwirtschaft und im Fortbestehen oligarchischer Regierungssysteme, die neoliberalen Politikmustern folgen und sich mit ihrer

peripheren Rolle in der Welt abfinden. Grundsätzlich sind in dieser Situation zwei Entwicklungswege denkbar. Einerseits der demokratische Weg, auf dem friedfertige soziale Bewegungen und Organisationen um mehr demokratische Teilhabe und mehr Transparenz in der Politik sowie mehr Selbstbestimmung bei der Nutzung nationaler Ressourcen im Interesse der Bevölkerungsmehrheit ringen. Andererseits ist aber auch eine Art organisiertes Chaos, dauerhafte politische Instabilität als Normalzustand, möglich. Die wiederholten terroristischen Attacken von Boko Haram, die Errichtung von US-Militärbasen in der Region sowie schließlich die militärische Besetzung Nordmalis durch französische Truppen unter UN-Mandat; all dies sind Anzeichen dafür, dass eine Art Ordnung innerhalb dauerhafter Unordnung die neue Normalität in der Region werden könnte.



WWW.ROSALUX.SN

WWW.ROSALUX.DE/WELTWEIT/AFRIKA/WESTAFRIKA.HTML

NDONGO SAMBA SYLLA IST ENTWICKLUNGSÖKONOM AUS DEM SENEGAL UND ARBEITET ZURZEIT ALS WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER UND PROGRAMMMANAGER IM WESTAFRIKABÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN DAKAR

RECENT DEVELOPMENTS IN WESTAFRICA so lautet der Titel eines kürzlich vom Westafrikabüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichten Buches. Dieser Beitrag ist eine stark gekürzte Version der Einführung des Herausgebers Ndongo Samba Sylla. Die Publikation kann auf www.rosalux.sn auf Französisch bzw. Englisch kostenlos heruntergeladen werden.

PATRICIA ZAPATA

EINE GIGANTISCHE BEDROHUNG

DER GEPLANTE KANALBAU WIRD DRASTISCHE AUSWIRKUNGEN AUF NICARAGUA HABEN

Nicaragua soll für ein wahrhaft pharaonisches Projekt zweigeteilt werden. Es geht um den Bau des Nicaragua-Kanals, der auf 259 Kilometer von Osten nach Westen den Atlantischen mit dem Pazifischen Ozean verbinden soll.

Schon seit 200 Jahren gibt es Pläne für den Bau einer solchen Passage in Nicaragua. Im Jahr 2013 erteilte die Regierung von Daniel Ortega dem chinesischen Unternehmer Wang Jing von der HKND-Gruppe (Hong Kong Nicaragua Canal Development) die Konzession für den Bau und Betrieb eines solchen interozeanischen Kanals. Die Konzession gilt vorerst für 50 Jahre, kann aber um weitere 50 Jahre verlängert werden.

Die dafür erforderlichen Gesetze wurden im Schnellverfahren erlassen. Sie ermächtigen die HKND-Gruppe, alle für dieses Projekt für unentbehrlich gehaltenen Ressourcen – öffentliches, privates und gemeinschaftliches Eigentum sowie alle natürlichen Ressourcen – zu nutzen. Was die öffentliche Verwaltung angeht, wird die staatliche Ordnung untergraben: Der Investor kann weder zivil-, verwaltungs-, wirtschafts- noch strafrechtlich für die Nichterfüllung seiner Pflichten belangt werden. Zudem erhält er umfassende Steuerbefreiungen. Außerdem ist ihm zugesichert, dass jedes Gesetz aufgehoben wird, das diesem Bauvorhaben im Weg stehen könnte.

Vom Kanalbau sind 13 Gemeinden direkt betroffen, in denen rund 373.000 Menschen leben. Überdies gefährdet das Projekt zahlreiche Biosphärenreservate und Naturschutzgebiete. All dies wird sich nachteilig auf das soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben in diesen Gemeinden auswirken.

Das gesamte Vorhaben ist gigantisch. Neben dem Kanal selbst sollen weitere Projekte entstehen: eine Eisenbahnlinie, eine Erdölpipeline quer durch das Land, eine Kanalfähre, zwei Häfen mit einem Eintrittskanal ins Meer und zwei Hafenmolen, zwei künstliche Seen, zwei Flughäfen, zwei Freihandelszonen und vier riesige Tourismuskomplexe, zwei künstliche Inseln und die Ausbaggerung des Cocibolca-Sees (Nicaragua-See), der wichtigsten Süßwasserquelle der Region, nebst weiteren «noch hinzuzufügenden» Projekten.

Insgesamt geht es um eine Fläche von fast 3.500 Quadratkilometern, die für den Kanal und die ihm zugeordneten Projekte benötigt wird. Sie stünde nicht mehr unter der Kontrolle von Stadt- und Kommunalverwaltungen, sondern würde von einem ausländischen Unternehmen verwaltet: Die Konzession sieht vor, den Kanalstreifen als Enklave mit einer eigenen autonomen Verwaltung zu errichten – unabhängig von den nationalen Gesetzen und der staatlichen Verwaltung. Der Kanal wird drei Mal so lang wie der Panama-Kanal. Mit dem Bau soll im



Präsident Daniel Ortega (li.) und der Chef der HKND-Gruppe, Wang Jing, bei der Vertragsunterzeichnung zum Bau des Nicaragua-Kanals am 14. Juni 2013 Foto: dpa

nächsten Jahr begonnen werden, im Jahr 2019 soll er abgeschlossen sein. Die Inbetriebnahme ist für das Jahr 2020 geplant. Wie bei anderen Megaprojekten etwa im Bergbau, in der landwirtschaftlichen Monokultur und in der Energieerzeugung durch Wasserkraft verkauft die Regierung von Daniel Ortega den Bau als Strategie, um Nicaragua von der Unterentwicklung zu befreien. Damit soll gerechtfertigt werden, Gemeingüter in den Dienst transnationaler Konzerne zu stellen, was die Konzentration und Anhäufung von Reichtum fördert und eine zunehmende Ungleichheit und Armut in breiten Bevölkerungskreisen zur Folge hat.

Allerdings hat das Kanalprojekt zu einer Konfrontation zwischen der Ortega-Regierung und der Bevölkerung geführt: Inzwischen wurden 34 Verfassungsklagen eingereicht. Nachdem im Sommer 2014 die HKND die Streckenführung veröffentlichte, gab es mehr als 45 Protestdemonstrationen gegen den Kanalbau. In diesem Zusammenhang kam es auch um Weihnachten letzten Jahres zu repressiven Übergriffen gegen protestierende Kleinbauern und AnwohnerInnen, was in Nicaragua eher selten ist.

Der Bau dieses Megaprojekts wie anderer in Süd- und Lateinamerika hängt unmittelbar mit geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen zusammen, die die Region erfasst haben. Sie ist von einer finanz- und handelspolitischen Umstrukturierung geprägt, in deren Kontext die sogenannten BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) den USA ihre Hegemonie streitig machen. Diese Länder haben ihre Ausgaben und Investitionen in ganz Lateinamerika in den letzten Jahren aggressiv erhöht. Dabei geht es um Rohstoffe wie Erdöl, Gas, Kupfer und Soja sowie die Grün-

derung von Unternehmen mit privater und öffentlicher Beteiligung für deren Abbau. Gleichzeitig sieht die US-Regierung ihre Kontrolle in der Region durch die fortschrittlichen Regierungen in Südamerika bedroht. Mitten in der Karibik baut Kuba die große Hafenanlage El Mariel. Brasilien arbeitet an einer mehr als 5.000 Kilometer langen Eisenbahnlinie durch den Amazonas und die Anden. Länder wie Nicaragua und Costa Rica erschließen sich mit den Investitionen der BRICS-Staaten Spielraum für neue Wirtschaftsbündnisse. In diesem Zusammenhang steht der Versuch der USA, mit der sogenannten Allianz für den Wohlstand im mittelamerikanischen Norddreieck, zu dem Guatemala, El Salvador und Honduras zählen, ein politisches, wirtschaftliches und geostrategisches Gegenprojekt ins Leben zu rufen.

Der Kampf um die Hegemonie steht im Zentrum all dieser Projekte und Investitionen, auf die die Bevölkerung und selbst die Regierungen dieser Länder kaum Einfluss haben. Sie werden aber die Kosten zu tragen haben, die diese Megaprojekte mit ihrem irrationalen Ressourcenverbrauch mit sich bringen. So wie die anderen Länder in der Region stellt auch Nicaragua seine natürlichen Ressourcen und seine geostrategische Position zur Verfügung, mit dem Ziel, den Entwicklungsstand zu erreichen, den das neoliberale kapitalische Modell vorgibt. Dass Nicaragua dadurch von der Unterentwicklung befreit wird, wie Ortega behauptet, ist mehr als fraglich.



WWW.ROSALUX.ORG.MX

WWW.ROSALUX.DE/WELTWEIT/LATEINAMERIKA.HTML

PATRICIA ZAPATA IST PROJEKTKOORDINATORIN FÜR MITTELAMERIKA UND KUBA IM REGIONALBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MEXIKO

AUF GEPACKTEN KOFFERN

IN DREI AUSLANDSBÜROS DER STIFTUNG WECHSELT DIE SPITZE.
DIE ALTEN UND NEUEN LEITERINNEN BLICKEN ZURÜCK UND IN DIE ZUKUNFT

EQUADOR QUITO



Miriam Lang ist ab Januar 2016 Professorin an der Universidad Andina Simón Bolívar in Quito.

MIRIAM LANG

Was war dein wichtigstes Projekt?

Lang: Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu Alternativen am Entwicklungsimperativ. Dort diskutieren Leute aus Lateinamerika und Europa, aus der Uni, sozialen Bewegungen und der Politik, undogmatische Marxisten, Feministinnen, Ökologen, aber auch dekoloniale und antirassistische Denkströmungen sind vertreten. Dieser Prozess hat spannende Debatten hervorgebracht, ich habe viel gelernt.

Was war der bewegendste Moment?

Lang: Es gab viele, etwa die Veranstaltung zu Stalinismus mit Paco Ignacio Taibo in Venezuela. Es regnete in Strömen, wir standen mit 300 Leuten unter einem Hochhaus in einem offenen, nur von Säulen getragenen Raum mitten im Stadtzentrum, immer mehr Passanten blieben stehen, gefesselt von der Erzählung über Victor Serge. Oder als bei einem Feministinnentreffen nach dem Tod von Chavez die Venezolanerinnen unbedingt mit Tonaufnahmen vermitteln wollten, wie feministisch Chavez doch gewesen sei, und dabei immer wieder weinten.

Was wirst du am meisten vermissen?

Lang: Es ist ein enormes Privileg, für politische Initiativen meistens die nötigen Mittel zu haben, um sie einfach umzusetzen.

Dein Ausgehtipp/Liebblingsplatz in Quito?

Lang: Das mit dem Ausgehtipp ist ein Problem. In Quito ist eher die Natur rundherum die Attraktion. Mein Lieblingsplatz ist ein Berg in der Stadt. Von dort hat man einen wunderbaren Blick aus 3.200 Metern Höhe.

KARIN GABBERT

Welches wird dein wichtigstes Projekt?

Gabbert: Das Antizyklische. Als wir mit Miriam das Regionalbüro in den Anden eröffneten, waren nüchterne Analysen sehr wichtig. Denn es herrschte eine manchmal naive Euphorie über die Kraft der linken Regierungen und das Ende des Neoliberalismus. In den nächsten Jahren dagegen werden wir Euphorie brauchen, denn es wird klar, an welche realpolitischen Grenzen diese Regierungen stoßen, insbesondere wenn die Rohstoffpreise weiter fallen. Wichtig wird auch, ein paar der Linken zusammenbringen, die sich mittlerweile unversöhnlich gegenüberstehen.

Was ist deine drängendste Frage an deine Vorgängerin?

Gabbert: Wie hinderlich findest du es für die Arbeit, dass das Büro nicht in Peru arbeitet?

Was an Deutschland wirst du auf keinen Fall vermissen?

Gabbert: Dunkle Winternachmittage. Und die vielen Sitzungen in der Stiftung.

Auf welchen Ort in Quito freust du dich?

Gabbert: Auf den Itchimbia Park. Wenn ich dort auf 2.900 Metern jogge, ohne nach Luft zu schnappen, werde ich angekommen sein. Dabei sieht man die ganze Stadt, wie sie sich in die Täler schmiegt, an die Berge und Vulkane. Oft scheint auf einen Teil die Sonne, und im nächsten regnet es. Dieser Blick wird mich auch nach Jahren überraschen und inspirieren.



Karin Gabbert leitete bisher das Lateinamerika-Referat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

WESTAFRIKA DAKAR



Claus-Dieter König ist nun Co-Direktor des Brüsseler Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

CLAUS-DIETER KÖNIG

Was war dein wichtigstes Projekt?

König: Das wichtigste für mich ist, dass unsere Partner so viel erreicht haben. An ihren Erfolgen sind wir immer auch etwas beteiligt. In Burkina Faso und Nigeria sind sie Rückgrat sozialer Bewegungen. In Mali werden sie ein Gesetz gegen Sklaverei durchsetzen. Dort und im Niger widerstehen sie der Uranindustrie. Wir haben einen Ort geschaffen, um kritische ökonomische Gedanken zu diskutieren und zu veröffentlichen. Wir haben zwei Bände zu sozialen Bewegungen in Westafrika herausgegeben.

Der bewegendste Moment?

König: Darf es auch ein Thema außerhalb der Arbeit sein? Dann die Geburt unserer Tochter. Übrigens sind wir am selben Tag in das neue Bürogebäude umgezogen. Ein toller Moment war auch das Abschlussdinner vom Weltsozialforum im Februar 2011 in unserem Büro.

Was wirst du am meisten vermissen?

König: Mango, Austern und Fisch preiswert und in bester Qualität. Das Meer zu Fuß erreichbar. Die Sonne. Viele, viele Menschen, die für sozialen Fortschritt kämpfen.

Dein Lieblingsplatz in Dakar?

König: Chez Cobra Pointe des Almadies. Der gegrillte Thiof (ein Fisch) ist nirgends besser als dort. Zum Sonnenuntergang hingehen! Simal im Sine Saloum Delta, ein magischer Ort mit Mangroven und Lagunen. Rinder, die bis zur Nase im Wasser zur Weide getrieben werden.

ARMIN OSMANOVIC

Welches wird dein wichtigstes Projekt?

Osmanovic: Die Region Westafrika steht vor großen Herausforderungen. Politische Instabilität, korrupte Eliten, schwache Zivilgesellschaften, der wachsende Einfluss von Islamisten, die Abwanderung junger Menschen nach Europa, Traditionalismus, mangelnde Geschlechtergerechtigkeit, Massenarmut und wachsende soziale Ungleichheit... Das sind nur einige der Themen, mit denen wir und unsere Partner konfrontiert sind. Dabei müssen wir uns auf einige Probleme beschränken. Es sollen jene Themen im Vordergrund stehen, bei denen es auf einen afrikanisch-europäischen Dialog ankommt. Dazu gehört vor allem die Migration junger Menschen nach Europa. Der Komplex Jugend und Politik wird daher in den nächsten Jahren im Zentrum der Arbeit stehen.

Was ist deine drängendste Frage an deinen Vorgänger?

Osmanovic: Wo kauft man gute Bücher in Dakar?

Was an Deutschland wirst du auf keinen Fall vermissen?

Osmanovic: Ich komme als Büroleiter aus Johannesburg nach Dakar und habe dort nie das deutsche Herbstwetter vermisst.

Auf welchen Ort in Dakar freust du dich?

Osmanovic: Nach fast sechs Jahren im oft staubigen und manchmal gefährlichen Johannesburg endlich in Ruhe am Strand in Dakar zu lesen oder einfach auszuspannen.



Armin Osmanovic leitete bisher das Regionalbüro Südliches Afrika der Stiftung in Johannesburg.



Klaus Sühl ist jetzt Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft in Thüringen.

KLAUS SÜHL

Was war dein wichtigstes Projekt?

Sühl: Aus den vielen tollen Projekten, die wir zusammen mit den Kolleginnen in Athen gegen die rechtsextremistischen Bewegungen, für gewerkschaftliche Solidarität oder für die sozial-ökologische Bewegung auf den Weg gebracht haben, eines auszuwählen, fällt echt schwer. Ich glaube, dass unser Engagement gegen TTIP das wichtigste Projekt in den Jahren 2013/2014 war. Die Publikation der Broschüren von John Hilary und Ulrike Herrmann in vielen Sprachen und die Organisation von Dutzenden Veranstaltungen haben den Widerstand gegen TTIP ganz sicher verbreitert.

Der bewegendste Moment?

Sühl: Die Eröffnung unseres Büros in Athen fand im Herbst 2012 in sehr bewegten Zeiten statt. Die Unterstützung durch die LINKE und durch Syriza war enorm, die mediale Wahrnehmung übertraf alle Erwartungen und stand am Anfang einer großartigen Entwicklung der Stiftungsarbeit in Griechenland. Der Start einer Reihe mit antifaschistischen Filmen in Athen unter der Schirmherrschaft von Lothar Bisky ist beispielhaft dafür. Sein plötzlicher Tod nur wenige Wochen später war ein herber Schlag.

Was wirst du am meisten vermissen?

Sühl: Die Möglichkeit, mit Genossinnen und Aktivistinnen aus ganz Europa und der Welt in direkten Arbeitszusammenhängen und engem persönlichen Kontakt zu stehen.

Dein Lieblingsplatz in Brüssel?

Sühl: Der Place Jourdan in Brüssel hat es mir angetan, mit seinem wunderbaren Wochenmarkt und mit der Brasserie L'Esprit de Sel. Für Liebhaber der Pommes Frites bietet der Platz angeblich die besten der Welt.

EUROPA/EU BRÜSSEL

MARTIN SCHIRDEWAN

Welches wird dein wichtigstes Projekt?

Schirdewan: Die Aufgabenprofile des Europabüros Brüssel und des Verbindungsbüros in Athen und ihre politische Arbeit sind so umfassend, dass ich kein inhaltliches Projekt hervorheben kann. Mit einem tollen Team an meiner Seite weiß ich, dass wir sowohl die internationale Gewerkschaftsarbeit stärker vorantreiben, uns mit linker Industriepolitik befassen, sozial-ökologische Alternativen benennen und an einer linken europäischen Migrationspolitik und vielem mehr arbeiten werden. Die wichtigste Aufgabe für mich als Büroleiter wird aber sicher darin liegen, das Brüsseler und das Athener Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung innerhalb der vielfältigen linken Landschaft und der enormen politischen Herausforderungen in der EU zu entwickeln.

Was ist deine drängendste Frage an deinen Vorgänger?

Schirdewan: Lieber Klaus, welchen Tipp möchtest du mir nur unter vier Augen geben?

Was an Deutschland wirst du auf keinen Fall vermissen?

Schirdewan: Die leider weitverbreitete Art, immer besser wissen zu wollen, was gut für Europa und die darin lebenden Menschen sei, ohne deren Perspektive gelten zu lassen.

Auf welchen Ort in Brüssel freust du dich?

Schirdewan: Etwas augenzwinkernd: auf den Platz der Märtyrer.



Martin Schirdewan war zuvor Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Roland Claus.



Dagmar Enkelmann spricht auf dem Festakt (oben).
Olga Jitlina erhält den Grundig-Preis (links).
TeilnehmerInnen der Veranstaltung über die Auslands-
arbeit der Stiftung (rechts). Fotos: Ulli Winkler

CORNELIA DOMASCHKE

STIFTUNG, STUNDE NULL

EINE MITARBEITERIN ERINNERT SICH AN DIE ANFÄNGE IM JAHR 1990

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ging aus dem im November 1990 gegründeten Verein Gesellschaftsanalyse und politische Bildung hervor. Wie war die Arbeit der ersten Stunde?

Ich erinnere mich noch gut an das erste Domizil, das wir kurz nach der Vereinsgründung bezogen: Littenstraße 106/107, irgendwo unterm Dach, vier oder fünf Treppen hoch. Es waren zwei Räume. Ich weiß noch, wie Dieter Schlönvoigt damals aus dem Gebäude des ZK, also des Zentralkomitees der SED, rote Auslegeware anschleppte. Als wir versuchten sie auszulegen, hat sie schon tüchtig gewellt. Und die Fenster waren unglaublich schmutzig. Die Räume hatten vorher leer gestanden. In der Rigaer Straße 27 im Bezirk Friedrichshain waren wir länger, bis zum Herbst 1994. Dann sind wir in den Franz-Mehring-Platz 1 gezogen. Wir haben von Anfang an wild losgelegt. Für das Publikationsorgan der PDS Disput und

unsere ersten Bildungsprogramme. Das allererste Heft erschien im August 1991. Wir haben sie auf den Parteitag der PDS im Haus am Köllnischen Park, der ehemaligen Parteihochschule, verkauft. Für eine DM. So sind wir anfangs zu unserem Geld gekommen – so und mit ABM-Mitteln. Wir haben Computer angeschafft und uns eingearbeitet mit den ersten Programmen. Wir konnten das alles ja noch nicht. Dieter saß bis tief in die Nacht in der Rigaer Straße und hat sich dort durchgearbeitet, um uns dann seine Ergebnisse zu zeigen. Und wir hatten noch mehr tolle Technik. Ein Meter mal ein Meter und 50 Zentimeter hoch: Das war unser Beamer. Man konnte ihn nur zu zweit tragen. Wenn er transportiert werden sollte, musste man aufpassen, dass die Birne nicht kaputtgeht, die war das Teuerste an der ganzen Geschichte. Wenn wir diese Technik aufbauten, oje. Es war immer ein learning by doing. Wir haben an

Kursen teilgenommen, wie man Vereine gründet. Alles war neu für uns, aber ungemein spannend, weil wir alles ausprobieren konnten. Als erstes setzten wir uns mit unserer Geschichte auseinander – und mit der Situation, in der wir uns plötzlich befanden. Wie soll das mit der Gesellschaft weitergehen? Wie verhalten sich Menschen in dieser Gesellschaft? Einzelbiographien haben eine große Rolle gespielt. Angefangen haben wir damit im Januar 1992. «Meine Biographie in dieser Zeit» hieß die Veranstaltungsreihe. Es war spannend zu sehen, wie Menschen mit Brüchen in ihren Biographien umgehen. Sich mit Menschen in solchen tiefgreifenden Umbruchphasen zu unterhalten, war für eine Historikerin wie mich sehr interessant. Aber wir hatten auch ein Ziel: Wir sind dafür angetreten, dass diese linke parteinahe Stiftung einen Platz in der Gesellschaft bekommt, so wie die anderen parteinahen Stiftungen auch. Und den hat sie bekommen mit den Wahlen im Jahr 1998, also mit Erringung des Fraktionsstatus. Das war ein langer Kampf. Es ist unglaublich, was wir alles bewerkstelligt haben mit so wenigen Mitteln. Und dabei haben wir immer ein gutes Bildungsprogramm organisiert: 1991 die Konferenz «Hinterm Horizont geht's weiter», 1992 «Gelebte Geschichte – Biographien im Wiederstreit», 1993 das Symposium «Menschen ohne Hoffnung – Flucht aus Osteuropa». Wir haben Kontakte geknüpft, sind zu Weiterbildungen gefahren, es war ein ständiger Prozess des Suchens. Es ging darum, die komplexen gesellschaftlichen Prozesse Menschen nahezubringen, Menschen zu erreichen, die sich mit ihnen auseinandersetzen wollen. Die Motivation war auch, den Kopf nicht in den Sand zu stecken. Es hilft ja nicht, zu Hause zu sitzen und das Schicksal zu beklagen. Wir hatten nicht nur viel Freude an der Arbeit, wir haben auch gern gefeiert, daran erinnere ich mich oft. Oder auch an die Betreuung

ausländischer Gäste bei den Parteitagen. Eine schöne Begebenheit: Ich hatte seinerzeit einen Trabant. Das Gute war: Am Trabi konnte man das Ein oder Andere selber reparieren. Ein Gast aus Bulgarien, ein bekannter Drehbuchautor und Schriftsteller, war ein Freund von Konrad Wolf. Er wollte unbedingt zu dessen Bruder Markus Wolf ins Nikolaiviertel. Wir stiegen also in meinen Trabi. Der war aber gerade mal wieder kaputt. Die Zündkerzen wurden immer nass, das Auto ging ständig aus. Wir haben angehalten, Motorhaube auf, Kerzen raus, trocken gerieben und dann wieder rein in die Kerzenstecker. 500 Meter gefahren, dann ging das mit den Kerzen und dem Aussteigen von vorn los. Das war unmöglich, aber wir haben darüber unglaublich gelacht. Eine andere schöne Geschichte: In der Rigaer Straße, vierter Hinterhof, vier Treppen unterm Dach. Es war für ältere Menschen schwer, dort hoch zu kommen. Ein Gründungsmitglied der Stiftung konnte die Treppen nicht laufen. Also haben wir ihn auf einen Stuhl gesetzt und nach oben getragen.

CORNELIA DOMASCHKE IST REFERENTIN FÜR ZEITGESCHICHTE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. DER TEXT IST EIN AUSZUG AUS IHREM BEITRAG IM JUBILÄUMSBAND «ICH LEBE AM FRÖHLICHSTEN IM STURM». NOTIERT VON ULRIKE HEMPEL, REFERENTIN FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

25 JAHRE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Ihr Jubiläum feierte die Stiftung am 27. November im Berliner P.Ostbahnhof Club. Am Tag zuvor verlieh sie den Hans-und-Lea-Grundig-Preis für künstlerische Leistungen. Der Jubiläumsband «Ich lebe am fröhlichsten im Sturm» versammelt Beiträge zur Stiftungsarbeit sowie Dokumente und Fotos aus 25 Jahren. www.rosalux.de/25-jahre

JÖRG STAUDE

BERUFSDEMONSTRANTEN

WENN KONZERNE DEN PROTEST MANAGEN – EINE TAGUNG ZU LOBBYISTENSTRATEGIEN

Was tun, wenn Konzerne den Protest managen? Diese Frage lockte bis zu 200 TeilnehmerInnen zur gleichnamigen Tagung ins Seminargebäude der Humboldt-Uni von Berlin. Der Zuspruch übertraf die Erwartungen der OrganisatorInnen von LobbyControl, Robin Wood, dem Portal klimaretter.info und der Linken Medienakademie deutlich.

Der Diskussionsbedarf war groß, das Problem offenbar drängend. «Wir bestimmen selbst, ob wir in die Fallen, die uns die Konzerne stellen, hineintappen», bilanzierte Ute Bertrand von der Umweltorganisation Robin Wood die Diskussion. «Wir können selbst mit Aktionen Anlässe schaffen, die Agenda nicht von anderen bestimmen lassen.» Michael Wilk vom Arbeitskreis Umwelt Wiesbaden fand, es sei höchste Zeit, dass man sich auf Abwehrmaßnahmen gegen auf den ersten Blick übermächtige Konzernstrategien verständigt. Kreativ und unterhaltsam sollten sie sein – wie es die Kommunikationsguerilla vom Peng! Kollektiv erst im Plenum demonstrierte, am Nachmittag dann in einem überfüllten Workshop konzeptionell erklärte. Viel Zuspruch fanden auch die Seminare mit dem Zeit-Journalisten Christian Fuchs, der zeigte, wie man angebliche Bürgerinitiativen enttarnt. Bei der «Konzernprotest»-Tagung ging es vor allem um das Phänomen des Astroturfing, des «Kunstrasens». Soziale Bewegungen und

die Zivilgesellschaft gleichen in diesem Bild einem blühenden, wild wachsenden Rasen, der zu einem «künstlichen» wird, wenn sich Konzerne und Wirtschaftslobbyisten einmischen. Die größten und heftigsten GegnerInnen der Umweltbewegung setzten gar nicht mehr auf Protestvermeidung, sondern überlegten, wie sie mit Widerstand umgehen und Bürgerinitiativen marginalisieren können – so umriss der Politikwissenschaftler Daniel Häfner zum Tagesauftakt die Strategie der Lobby-Akteure. «Gegen Bürgerinitiativen helfen nur Bürgerinitiativen», laute das Motto. Dieses Vorgehen sei aus Sicht der Unternehmen aber auch eine Ultima Ratio, so Häfner. Denn wenn derartige Initiativen an die Öffentlichkeit kommen, bedeute das zumindest in Deutschland einen großen Schaden für den Ruf des Unternehmens. Dazu käme ein erheblicher Aufwand, den die LobbyistInnen betreiben müssten, um eine an Bürgerproteste erinnernde Aktion zu organisieren. Deshalb, so Häfner, seien solche Phänomene bislang vor allem dort bekannt, wo – wie zum Beispiel bei der Atomkraft – große gesellschaftliche Konflikte drohen. Ulrich Müller von der Organisation Lobbycontrol, der in seinem Vortrag unter anderem die Gesellschaft zur Förderung umweltgerechter Straßen- und Verkehrsplanung auseinandernahm, bezeichnete das Astroturfing als Gegenbegriff zu echten Grassroots-Initiativen.

Es soll aussehen wie diese, ist aber künstlich, soll etwas vorspiegeln. Davon unterschied Müller noch das Grassroots-Lobbying, bei dem zum Beispiel KundInnen und MitarbeiterInnen für die Ziele des Unternehmens eingespannt würden. Hier könne es sogar reale Initiativen geben, die aber gezielt in eine bestimmte Richtung gelenkt werden sollen. Gemeinsam sei all diesen Strategien ihre Intransparenz – kein Zufall, sondern eine Funktionsbedingung für konzerngesteuerte «Grassroots-Kampagnen».

Ohne Frage mussten beim ersten Treffen dieser Art noch Wünsche offen bleiben. Beim nächsten Mal sollen Gewerkschaften und

große Umweltorganisationen wie Greenpeace mit am Tisch sitzen, lautete ein Vorschlag für die Zukunft. Auch müsse eine Vernetzung her, vielleicht sogar eine sorgfältig aktualisierte Website oder Datenbank, damit nicht jede Bürgerinitiative bei diesem Thema von vorn beginnen muss. Ob ein zweites Treffen im Jahr 2016 stattfinden wird, ist noch nicht entschieden. Anregungen gibt es jedenfalls genug.

WWW.KONZERNPROTEST.DE

JÖRG STAUDE IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER LINKEN MEDIENAKADEMIE

HANNAH SCHURIAN

DER KOMMENDE AUFSTAND

DIE UMCARE-KONFERENZ SUCHTE STRATEGIEN FÜR PFLEGE UND GESUNDHEIT

Ob in der Klinik oder in privaten Haushalten, Care-Arbeit ist meist ziemlich prekäre Arbeit – wenn sie überhaupt bezahlt wird. Prekär ist auch die Situation für viele, die auf Pflege angewiesen sind. Das liegt am gesteigerten Profitdruck, eine Folge der Ökonomisierung von Pflege- und Gesundheitsarbeit, aber auch an der traditionellen Abwertung und Ausbeutung dieser «weiblichen» Arbeitsbereiche im patriarchalen Kapitalismus.

Rund 400 TeilnehmerInnen kamen vom 15.–18. Oktober in Berlin zusammen, um in rund 30 Workshops, Arbeitstreffen und Podien nach Strategien für Gesundheitsarbeit, Pflege und Assistenz zu suchen. Der Streik an der Berliner Charité war ebenso ein Thema wie die Diskussion um Palliativversorgung und selbstbestimmtes Sterben oder der Austausch von pflegenden Angehörigen und ambulanten Pflegekräften. Veranstaltet wurde die Konferenz von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und dem Netzwerk Care Revolution. Auch Aktive aus Gewerkschaften,

Verbänden, Selbsthilfeorganisationen und sozialen Bewegungen beteiligten sich an der Vorbereitung. Zentrale Fragen der Konferenz waren: Wie können sich Beschäftigte auch unter prekären Bedingungen organisieren? Wie können betriebliche Arbeitskämpfe in der Pflege- und Gesundheitsarbeit verbreitert werden – mit welchen (Bündnis-)Strategien wären diese Kämpfe als gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen zu führen? Was braucht eine öffentliche Infrastruktur, die Beschäftigten, Angehörigen und Menschen mit Pflege- und Assistenzbedarf gleichermaßen gerecht wird? Warum ist das eine Geschlechter- und Verteilungsfrage?

Immer wieder wurde diskutiert, wie die vermeintliche Privatheit und Privatisierung von (unbezahlter) Care-Arbeit überwunden werden können. Gerade pflegende Angehörige und Menschen mit Pflegebedarf forderten in den Workshops neben (materieller) Anerkennung das Recht, über ihre Belange mitzuzentscheiden. Barbara Fried von der Rosa-Luxemburg-Stiftung betonte, dass es keine Standardstrategie für den Bereich der Care-Arbeiten geben könne. Um gesellschaftlich wirkmächtig zu werden, müssten die unterschiedlichen Initiativen sich allerdings verbinden. Wie (Bündnis-)Strategien und Druckpotenziale aussehen können, sei eine drängende Frage an die gesellschaftliche Linke. Dass der gemeinsame Fluchtpunkt der Konferenz – eine bedürfnisgerechte, demokratische und solidarisch finanzierte öffentliche Infrastruktur – einen Nerv trifft, betonte Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, auf dem Auftaktpodium: «Gerade die skandalösen Mängel in der Versorgung der Geflüchteten zeigen die Defizite in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es wird ein Wettbewerb um knappe Ressourcen inszeniert, anstatt gute Bedingungen für alle zu schaffen. Wir brauchen eine Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum und einen radikalen Perspektivwechsel – ohne (Care-)Revolution wird es nicht gehen.»

Am Samstag traten die TeilnehmerInnen der Konferenz in Aktion. Auf dem Alexanderplatz knüpften sie ein symbolisches Netz, drückten in Redebeiträgen und mit Schildern ihre Wut über den Zeit- und Gelddruck im Gesundheits- und Pflegebereich aus und sammelten Statements von PassantInnen ein. So leisteten sie einen Beitrag dazu, Care-Arbeit mehr Sichtbarkeit zu verschaffen.

 WWW.ROSALUX.DE/UMCARE
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41805

HANNAH SCHURIAN HAT ALS PROJEKTMITARBEITERIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG DIE UMCARE-KONFERENZ MITORGANISIERT

Auch KinderreporterInnen waren unterwegs – hier undervcover. Foto: Nate Pischner



SEVERIN HALDER

URBANE ÄPFEL UND BIRNEN

STIPENDIATINNEN BESUCHEN GEMEINSCHAFTSGARTEN UND CITYFARM

Weltweit stehen Städte vor ökologischen und sozialen Fragen. Die urbane Landwirtschaft erscheint da als Hoffnungsträgerin. Seit einigen Jahren sprießen auch in Berlin grüne Oasen: Gemeinschaftsgärten, Interkulturelle Gärten, Indoor Farms.

Zwei Vorzeigeprojekte sind das Allmende-Kontor und die ECF-Farm (ECF = Efficient City Farming). Am 16. September 2015 verschaffte sich eine Gruppe StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor Ort in Berlin-Tempelhof einen Eindruck von beiden Projekten.

Das Allmende-Kontor wurde 2010 als Anlaufstelle für die urbane Gartenbewegung gegründet. Ein Jahr später startete der Allmende-Kontor-Gemeinschaftsgarten auf dem Tempelhofer Feld. Viele Hundert BerlinerInnen verwandelten 5.000 Quadratmeter des ehemaligen Flughafens in einen Raum der Möglichkeiten und des bunten, selbst(an-)gebauten Miteinanders. Heute besteht der Garten, der von 700 GärtnerInnen bebaut und von Menschen aus aller Welt besucht wird, aus 250 Hochbeeten, einer Vielzahl an Gemüse- und Obstsorten, Bienenstöcken, Färbepflanzen und Kompostmieten.

Die ECF Farmsystems GmbH hingegen propagiert eine Landwirtschaft in der Stadt, bei der sich Bebauung und Pflanzen nicht widersprechen, sondern gegenseitig bedingen. Das 2012 gegründete Unternehmen betreibt in der Malzfabrik in Tempelhof eine hochtechnologische Schaufarm. Sie ist eine Mischung aus Fischzucht

in Tanks und Gemüseanbau in Gewächshäusern. Die Pflanzen wachsen auf Steinwolle und werden durch eine wässrige Lösung versorgt, die teilweise Nährstoffe aus der Fischzucht nutzt. Die Produkte der Farm – Barsche, Tomaten, Melonen – werden vor Ort im Farmersmarket angeboten oder als Gemüseboxen vermarktet.

Auch wenn das Do-it-yourself-Design des Farmersmarket, die leckeren Tomaten und einige Begriffe wie ökologische Kreisläufe und lokale Produktion Parallelen zu den Gemeinschaftsgärten vermuten lassen, sind bei genauerer Betrachtung große Unterschiede zu erkennen. In Gemeinschaftsgärten erlebt die kleinbäuerliche Landwirtschaft eine urbane Renaissance. Dort wird mit neuen Formen der gemeinschaftlichen Organisation und Ökonomie experimentiert, um Ressourcenverteilung gerecht zu gestalten und nachbarschaftliche oder interkulturelle Begegnungsorte zu schaffen. Das Franchise-Farm-Unternehmen hingegen steht ganz im Zeichen der industrialisierten Landwirtschaft und Green Economy, dessen Gedanken sich um schwarze Zahlen und nachhaltige Sternegastronomie drehen.



WWW.ALLMENDE-KONTOR.DE
WWW.ECF-FARMSYSTEMS.COM

SEVERIN HALDER IST PROMOTIONSSTIPENDIAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND GARTENAKTIVIST

KATRIN SCHÄFGEN

RÜCKSCHAU NACH 25 JAHREN

STIPENDIATINNEN BEIM INTERNATIONALEN WORKSHOP IN WARSCHAU

Seit einigen Jahren organisiert das Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung für seine StipendiatInnen Internationale Workshops, die sich mit Aspekten gesellschaftlicher Entwicklungen insbesondere in den Staaten Mittelost- und Osteuropas auseinandersetzen. Der diesjährige Workshop fand vom 23.–29. August in der Nähe von Warschau statt.

Die Seminare werden in enger Kooperation mit dem Auslandsbüro der Stiftung in Warschau und dessen PartnerInnen organisiert. In den vergangenen Jahren ging es immer wieder um die Auswirkungen der Transformation in Mittelost- und Osteuropa auf Arbeits- und Lebensverhältnisse, Bildung, Gesundheit und Politik, aber auch um Rechtsextremismus und die Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen. Beim diesjährigen Workshop wurde 25 Jahre nach der «Wende» in Mittelost- und Osteuropa Rückschau gehalten: Wie hat sich diese auf Arbeits- und Lebensverhältnisse ausgewirkt, wie beeinflusst sie Migrationsbewegungen, was sind die aktuellen Probleme und Konflikte?

Das Besondere an diesem Bildungsformat ist, dass um stipendiatische Beiträge zu einem Thema gebeten wird, ohne starke inhaltliche Vorgaben zu machen. Die StipendiatInnen sollen sich aktiv an der Auseinandersetzung mit dem Thema beteiligen, Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit ebenso einbringen können wie die

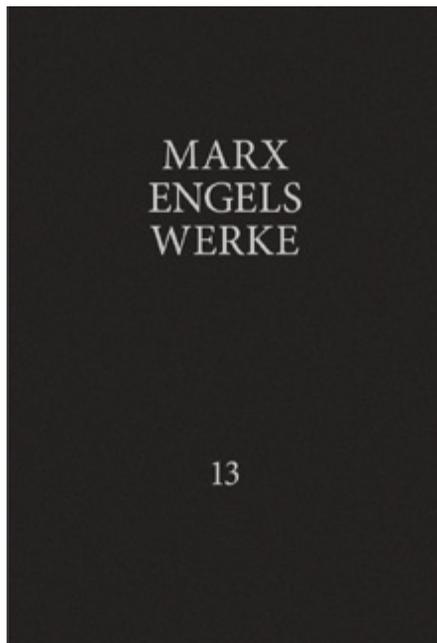
ihres Engagements. Ergänzt werden die stipendiatischen Beiträge durch Beiträge von PartnerInnen des Büros Warschau. Ein Begleitprogramm ermöglicht zum Beispiel mittels Exkursionen die Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Ort.

Ein zentrales Thema des diesjährigen Workshops war die politische Situation in Polen und in Belarus, der Umgang mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen und Transgender-Personen sowie die Begegnung mit Überlebenden des Holocaust. Auch die Schwierigkeiten der Energiewende in einem traditionell von Steinkohle geprägten Land wie Polen wurden diskutiert. Der wachsende Rechtsextremismus und -populismus und der Widerstand dagegen wurden ebenso thematisiert wie der Konflikt in der Ukraine.

Bei einer Exkursion nach Warschau informierten sich die StipendiatInnen über die Arbeit des Stiftungsbüros und seiner PartnerInnen. Es schloss sich eine Führung durch das ehemalige jüdische Getto an. Besichtigt wurde auch das neu eröffnete Museum der Geschichte polnischer Jüdinnen und Juden. Die Mischung aus Beiträgen von StipendiatInnen und PartnerInnen des Büros, aus Exkursionen und Abendprogramm hat sich als ausgezeichnetes Format politischer Bildung erwiesen, das wir 2017 wiederholen werden.

KATRIN SCHÄFGEN IST DIREKTORIN DES STUDIENWERKS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Gesamtausgabe wieder
komplett lieferbar



Karl Marx/Friedrich Engels

**MARX-ENGELS-WERKE
BAND 13**

JANUAR 1859 BIS FEBRUAR 1860

837 SEITEN, 3 FAKSIMILES, 1 KARTENSKIZZE

UND 2 KARTENBEILAGEN

24,90 EURO, SEPTEMBER 2015

ISBN 978-3-320-02306-5

KARL DIETZ VERLAG BERLIN

LUTZ BRANGSCH

MARX WIEDER KOMPLETT

MARX-ENGELS-WERKE BAND 13 WIEDER ERHÄLTlich –
IN ÜBERARBEITETER UND AKTUALISIERTER AUFLAGE

Dieser Tage ist Band 13 der Marx-Engels-Werke in einer überarbeiteten Auflage erschienen. Damit haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Karl Dietz Verlag Berlin dem Projekt der Überarbeitung der «blauen Bände» einen weiteren Mosaikstein hinzugefügt, womit auch die Gesamtausgabe wieder komplett lieferbar ist.

Der Textkorpus blieb dabei natürlich erhalten, so dass die Kompatibilität zwischen den Auflagen erhalten bleibt. Rolf Hecker hat ein Vorwort hinzugefügt, in dem aus den neuesten Ergebnissen der MEGA-Forschung heraus der Kontext und die Rolle der in diesem Band wiedergegebenen Schriften beleuchtet wird. Die Arbeiten werden in ihrem historischen Kontext vorgestellt und die editorischen Besonderheiten erläutert. Die Neubearbeitung schließt über 400 Anmerkungen sowie das Literatur-, Personen- und geografische Verzeichnis ein.

Tatsächlich ist dieser Band nicht nur ein Mosaikstein der Werkausgabe, es ist auch eine kleine Perle. Für die ideengeschichtlich Interessierten ist sicher die 1859 veröffentlichte Schrift «Zur Kritik der Politischen Ökonomie – Erstes Heft» wichtig. Hier werden die Konturen des dann acht Jahre später erscheinenden ersten Bandes des «Kapital» (die vierte Auflage bildet dann die Grundlage des Bandes 23 der MEW) deutlich.

Doch der Band wird vor allem durch die hier dokumentierten publizistischen Arbeiten von Marx und Engels auch für ein viel breiteres Publikum lesenswert. Den meisten Raum nehmen Artikel ein, die beide für die New York Daily Tribune in den Jahren 1859 und 1860 geschrieben hatten. Die beiden Autoren begegnen uns hier als Analytiker politischer und militärischer Entwicklungen – wie uns Marx im ersten Teil des Bandes als Kritiker von Theorie und Praxis der bürgerlichen Ökonomie begegnet.

Im Zentrum stehen dabei die Auseinandersetzungen zwischen Preußen, Österreich und Frankreich. Die Texte kann man durchaus als eine unterhaltende Geschichtsstunde verstehen, in denen Machtverhältnisse, Interessen und Affären der handelnden Gruppen offen gelegt werden. Hier werden die Interessengegensätze der

europäischen Mächte, die ein reichliches halbes Jahrhundert später im Ersten Weltkrieg münden, schon sichtbar.

Dabei zeigen sich teilweise durchaus Parallelen zu ganz aktuellen Fragen. Ein Schwerpunkt der Berichte ist beispielsweise der Krieg zwischen Österreich und Frankreich um den Einfluss in Italien.

In einer Bilanz dieses Krieges unter dem Titel «Was hat Italien gewonnen?» schreibt Karl Marx bezüglich des besiegten Österreich: «Wir befürchten jedoch, wenn es überhaupt Lehren daraus gezogen hat, daß es eher militärische als politische sind. Sollte sich Österreich als Konsequenz aus diesem Kriege zu irgendwelchen Veränderungen veranlaßt sehen, so werden es eher Veränderungen in der Ausbildung, der Disziplin und der Bewaffnung sein, als in seinem politischen System und seinen Regierungsmethoden.»

Und ein paar Sätze später betont er: «Es ist eine höchst bezeichnende Tatsache, daß die Neuregelung der italienischen Angelegenheiten entschieden wurde in einer kurzen Unterredung zwischen den Kaisern von Frankreich und Österreich, beides Ausländer, jeder an der Spitze einer ausländischen Armee. Außerdem wurde bei diesem Übereinkommen nicht einmal der äußere Schein einer fiktiven Beratung mit den Parteien gewahrt, die Gegenstand der Verhandlungen waren ...»

Dies wurde Mitte 1859 geschrieben – die «Sicherheitsdoktrinen» sind zwar komplexer und globaler geworden –, die Philosophie hat sich nicht geändert.

Der vorliegende Band ist so eine Lektüre, die man unabhängig von anderen Werken aus Marx' oder Engels' Feder mit Gewinn lesen kann. Damit qualifiziert er sich bei einem Preis von 24,90 Euro und der gediegenen Ausstattung durchaus auch als Weihnachtsgeschenk.

Wer übrigens das Erscheinen weiterer überarbeiteter Bände der MEW unterstützen will, kann dies mit einer Spende tun. Auch dieser Band wurde auf diese Weise mit ermöglicht.

**LUTZ BRANGSCH IST REFERENT FÜR DEMOKRATIE
UND STAAT IM INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTS-
ANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

LUXEMBURG 3

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2015

SMARTE NEUE WELT? Digitalisierung zwischen Strukturwandel und Hype | Die Roboter kommen, die Arbeit geht? | Digitalisierung und Geschlechterverhältnisse | Die künstlich künstliche Intelligenz | Life-logging als Ausweitung der sozialen Kampfzone | Zwischen Digitaler Arbeit und Sozialismus 4.0 | Die Black Box knacken – Algorithmen, Kontrolle und Demokratie | u.v.m.

AUSSERDEM: Projekt ohne Subjekt? Über Laclau, Populismus und Hegemonie

MIT BEITRÄGEN VON: Evgeny Morozov | Ralf Krämer | Tanja Carstensen | Christoph Spehr | Bernd Riexinger | Halina Wawzyniak | Frank Pasquale | Dagmar Fink | Toni Negri | Alex Demirović u.a.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), Dezember 2015, 144 Seiten
Kostenlos abonnieren unter www.zeitschrift-luxemburg.de

FOTO: KELLY REEVES



IMPRESSUM ROSALUX — Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin · Kontakt: Tel. 030 44310-130, journal@rosalux.de · Vertrieb: Tel. 030 44310-123, bestellung@rosalux.de
Redaktion: Harry Adler, Jan Ole Arps, Martin Beck (V. i. S. d. P.), Andreas Bohne, Lutz Brangsch, Erwin Heil (Bilder), Henning Heine, Ramona Hering, Christoph Lammers, Dorit Riethmüller, Sandra Thieme, Verona Wunderlich
Redaktionsschluss: 1. November 2015 · Titelbild: Strand auf Lesbos, 2015. Foto: Marcus Golejewski, Geisler-Fotopress
Satz: Heike Schmelter · Gesamtherstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Auflage: 4.000 Stück
Printed in Germany, Dezember 2015 · ISSN 1864-6794 · Dieser Ausgabe liegt Material der Zeitschrift «Lettre International» sowie der Wochenzeitung «Der Freitag» bei.

REDAKTION journal@rosalux.de

GEDRUCKTE AUSGABEN

bestellung@rosalux.de

DOWNLOAD ALS PDF

<http://journal.rosalux.de>

ABONNEMENT UND WEITERE

STIFTUNGSINFOS

<https://info.rosalux.de>

«Die Entwicklung in Griechenland seit dem Wahlerfolg von Syriza demonstriert es erneut: Die Linke gewinnt mit Wahlerfolgen und Regierungsbildung nicht auch relevante Gestaltungsmacht. Das Beispiel Griechenland führt vor, wie sehr die politische Ökonomie die Handlungsmöglichkeiten einer gewählten demokratischen Regierung bestimmt - und wie sie die Demokratie nicht nur begrenzt, sondern zu Fall zu bringen vermag.»

ALEX DEMIROVIĆ